

## **10 Dringliche Anträge**

### **10.1 Zusatzpersonal Nachmittagsbetreuung (GR<sup>in</sup> Kreiner, ÖVP)**

#### **Kreiner:**

Sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte Mitglieder im Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer auf der Tribüne. Ich stelle hier den Antrag zur dringlichen Behandlung betreffend das Zusatzpersonals, der Nachmittagsbetreuung. Die drohende Gefahr einer Nichtfinanzierung der bestehenden Ganztagsgruppen in den Kommunen, die auf Grund des im Jahr 2017 von Bundesministerin Sonja Hammerschmid erarbeiteten Gesetzes real bestand, konnte durch den Beschluss der Novelle des Bildungsinvestitionsgesetzes im Nationalrat abgewendet werden.

Bisher hat es seitens des Bildungsministeriums jedoch keine Richtlinie gegeben und damit für das Land Steiermark auch noch keine Möglichkeit, die Verordnung zu beschließen. Dies ist insbesondere deshalb problematisch, da das Unterrichtsjahr bereits begonnen hat und für die Kommunen somit keine Rechtssicherheit besteht für die Abrechnungen der Leistungen, diese im Rahmen des Gesetzes zu erbringen. Insbesondere die Frage der Auslegung des Punktes sonderpädagogischer Förderbedarf ist hier von entscheidender Bedeutung im Hinblick auf das zusätzliche Personal, das eingesetzt werden kann.

Es ist jedoch auf jeden Fall davon auszugehen, dass nicht das ganze bestehende Zusatzpersonal mit Hilfe dieses Passus abgedeckt werden kann. Für die Leistungen, die die Stadt Graz im Rahmen der Nachmittagsbetreuung erbringt, bedeutet dies, dass insbesondere jene Personen, die im Bereich Talentförderung, Sportförderung, Fremdsprachenförderung, musische Begabungen, etc. eingesetzt werden, keine finanziellen Mittel vorgesehen sind. Die Stadt Graz hat bereits im Juni in einem dringlichen Antrag an den Bundesgesetzgeber darauf hingewiesen.

In den letzten Jahren wurde von Bund und Land massiv auf den Ausbau der ganztägigen Schulform gedrängt. Die Stadt Graz hat dieses Ansuchen immer offensiv unterstützt, sodass es mit heutigem Stand ein flächendeckendes Angebot an Betreuungsplätzen in Graz gibt. Zusätzlich hat die Stadt Graz auch weiterhin das bestehende Angebot der Horte erhalten.

Da es sich bei dem oben geschilderten Problem nicht ausschließlich um eine Herausforderung der Stadt Graz, sondern natürlich auch für eine Thematik für alle anderen steierischen Gemeinden handelt, erging das Ersuchen an das Land, bis zu einer Regelung des Bundesgesetzgebers die anfallenden Kosten zu 50% zu übernehmen. Das ist bisher leider nicht der Fall gewesen, aus diesem Grund stelle ich im namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**dringlichen Antrag:**

1. Das Land Steiermark wird dazu aufgefordert, das entstehende finanzielle Delta im Bereich des Zusatzangebotes zu 50 % für die steirischen Gemeinden zu übernehmen.
2. Bundesministerin Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Iris Rauskala wird dazu aufgefordert, noch im September die Richtlinie für die Nachmittagsbetreuung zu erlassen.
3. Das Land Steiermark wird dazu aufgefordert, umgehend nach Erhalt der Richtlinie die entsprechende Verordnung zu erlassen.
4. Der Bundesgesetzgeber wird dazu aufgefordert, das Bildungsinvestitionsgesetz in § 4 dahingehend abzuändern, dass auch weiterhin Zusatzpersonal für diverse inhaltliche Schwerpunktsetzungen gefördert werden kann und keine Einschränkung auf sonderpädagogischen Förderbedarf normiert wird.

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Die drohende Gefahr einer Nichtfinanzierung der bestehenden Ganztagsgruppen in den Kommunen, die auf Grund des im Jahr 2017 von Bundesministerin Sonja Hammerschmid erarbeiteten Gesetzes real bestand, konnte durch den Beschluss der Novelle des Bildungsinvestitionsgesetzes im Nationalrat abgewendet werden.*

*Bisher hat es seitens des Bildungsministeriums jedoch keine Richtlinie gegeben und damit für das Land Steiermark auch noch keine Möglichkeit die Verordnung zu beschließen. Dies ist insbesondere deshalb problematisch, das das Unterrichtsjahr bereits begonnen hat und für die Kommunen somit keine Rechtssicherheit besteht für die Abrechnungen der Leistungen, die diese im Rahme des Gesetzes erbringen. Insbesondere die Frage der Auslegung des Punktes sonderpädagogischer Förderbedarf ist hier von entscheidender Bedeutung im Hinblick auf das zusätzliche Personal das eingesetzt werden kann.*

*Es ist jedoch auf jeden Fall davon auszugehen, dass nicht das ganze bestehende Zusatzpersonal mit Hilfe dieses Passus abgedeckt werden kann. Für die Leistungen die die Stadt Graz im Rahmen der Nachmittagsbetreuung erbringt, bedeutet dies, dass insbesondere jene Personen die im Bereich Talentförderung, Sportförderung, Fremdsprachenförderung, musische Begabungen, etc. eingesetzt werden, keine finanziellen Mittel vorgesehen sind. Die Stadt Graz hat bereits im Juni in einem dringlichen Antrag an den Bundesgesetzgeber darauf hingewiesen.*

*In den letzten Jahren wurde von Bund und Land massiv auf den Ausbau der ganztätigen Schulform gedrängt. Die Stadt Graz hat dieses Ansuchen immer offensiv unterstützt, sodass es mit heutigen Stand ein flächendeckendes Angebot an Betreuungsplätzen in Graz gibt. Zusätzlich hat die Stadt Graz auch weiterhin das bestehende Angebot der Horte erhalten.*

*Da es sich bei dem oben geschilderten Problem nicht ausschließlich um eine Herausforderung der Stadt Graz, sondern natürlich auch um eine Thematik für alle anderen steierischen Gemeinden handelt, erging das Ersuchen an das Land, bis zu einer Regelung des Bundesgesetzgebers die anfallenden Kosten zu 50 % zu übernehmen.*

*Aus diesem Grund stelle ich im namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden*

***dringlichen Antrag:***

- 1. Das Land Steiermark wird dazu aufgefordert, das entstehende finanzielle Delta im Bereich des Zusatzangebotes zu 50 % für die steirischen Gemeinden zu übernehmen.*
- 2. Bundesministerin Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Iris Rauskala wird dazu aufgefordert, noch im September die Richtlinie für die Nachmittagsbetreuung zu erlassen.*
- 3. Das Land Steiermark wird dazu aufgefordert, umgehend nach Erhalt der Richtlinie die entsprechende Verordnung zu erlassen.*
- 4. Der Bundesgesetzgeber wird dazu aufgefordert, das Bildungsinvestitionsgesetz in § 4 dahingehend abzuändern, dass auch weiterhin Zusatzpersonal für diverse inhaltliche Schwerpunktsetzungen gefördert werden kann und keine Einschränkung auf sonderpädagogischen Förderbedarf normiert wird.*

**Hohensinner:**

Wer wünscht zur Dringlichkeit das Wort? Niemand.

Weil ich glaube, dass sich eine Mehrheit abzeichnet, frage ich dich jetzt nicht, Frau Gemeinderätin, ob du ein Abschlusswort zur Dringlichkeitsdebatte wünscht und stimme ab.

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.***

**Hohensinner:**

Danke, das ist ein ganz wichtiges Thema, wir kommen jetzt zur inhaltlichen Auseinandersetzung. Wer wünscht zum Inhalt das Wort?

**GR<sup>in</sup> Potzinger:**

Geschätzter Herr Vorsitzender, Herr Stadtrat Krotzer, liebe Kolleginnen im Gemeinderat, geschätzte Zuhörerinnen und Zuseher. Es ist wirklich schön zu erleben, dass die Dringlichkeit von allen gemeinsam diesem wichtigen Stück jetzt zugestanden wurde und ich bin überzeugt, dass wir es auch gemeinsam beschließen werden, weil wir alle wissen, wie wichtig die Talentförderung ist, die wir unseren Kindern angedeihen lassen wollen. Es ist wunderschön, dass Graz Stadt der Menschenrechte und kinderfreundliche Stadt und familienfreundliche Stadt ist. Wir sind gerade in der nächsten Tranche der Zertifizierung als familienfreundliche Stadt. Natürlich machen wir uns deshalb jetzt auch als Stadt Graz als Vorreiterin für die ganze Steiermark dafür stark, dass die talentfördernden Nachmittagsangebote in der schulischen Nachmittagsbetreuung uneingeschränkt weiterhin zur Verfügung stehen und ich möchte jetzt vor allem auch an die lieben Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie appellieren, auch die zuständige Landesrätin Ursula Lackner noch

einmal zu ersuchen, möglichst rasch hier mitzuhelfen im Wissen, dass das, wie es eine Zeitung kolportiert hat, angedacht wäre, das über eine Bedarfszuweisung, in dem Fall über den Landeshauptmann, zu machen, dass das rechtlich gar nicht möglich ist, weil Personalkostenförderung über eine Zuweisung über diese Schiene gar nicht gesetzlich gedeckt wäre. Das heißt, wir sind angewiesen auf die Landesmittel aus dem zuständigen Ressort, aus dem Bildungsressort. Deshalb da noch einmal der Appell, alle Kräfte in die Richtung, dass auch das Land uns da mithilft. Die Stadt hat schon zugesagt die Hälfte zu übernehmen, damit die Eltern, die Familien die Gewissheit haben, dass ihre Kinder bei uns in unseren Schulen weiterhin die entsprechende Förderung haben. Sportlich, musikalisch, gemeinschaftsbildend, dass wir unseren Titel familienfreundliche Stadt und familienfreundliche Steiermark auch weiterhin verdienen. Deshalb ersuche ich euch alle um Annahme dieses wichtigen Stückes.

GR. Mag. **Haßler**:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Es ist eh schon gesagt worden, dass das Problem dringlich ist, auch vor dem Sommer. Ich glaube, Kollegin Hopper hat ja vor dem Sommer einen dringlichen Antrag eingebracht. Wir haben damals auch einen Zusatzantrag eingebracht in diese Richtung, dass eben die Mittel ähnlich der alten 15-a-Vereinbarung auch wieder entsprechend dotiert werden. Für mich ist hier das Ganze so ein wenig eine Geschichte, die wieder zeigt, dass viele Köche einen Brei nicht immer besser machen müssen, sondern das trotz eines Gesetzes, das von Anfang an nicht sehr glücklich war und, ich glaube, inzwischen schon zwei Reparaturen und noch immer nicht das Ziel erreicht wurde, das wir uns wünschen. Wenn die Sissi dann einen Appell an die Sozialdemokratie gerichtet hat, mit der Landesrätin zu reden, werden wir das natürlich gerne tun. Man muss aber auch bedenken, es gibt nicht nur Graz, sondern die ganze Steiermark, und wenn ich einer Kommune, auch wenn Graz jetzt die Landeshauptstadt ist, wenn ich einer Kommune etwas zusage, muss ich es allen auch gewähren und das wird auch entsprechende

finanzieller Mittel bedürfen und ich weiß nicht, ob sie die hat. Aber ich hätte auch einen Appell an euch: Ich glaube, ihr geht ja davon aus, dass ihr auch weiterhin in Österreich gestalten könnt und deshalb der Appell an euch, möglichst schnell das Ganze zu reparieren, denn wenn wir jetzt eine Lösung finden, kann es nur eine Übergangslösung sein und es kann nicht sein, dass die Stadt oder das Land Aufgaben übernimmt, die eigentlich der Bund tragen müsste und deshalb bitte mein Appell, möglichst rasch zu schauen, dass es dann endlich soweit repariert wird, dass wir alle keine Sorgen mehr haben. Danke.

**Hohensinner:**

Danke für die wirklich konstruktive Diskussion. Ich darf an dieser Stelle Kommerzialrat Schmuck auf der Galerie willkommen heißen. Herzlich willkommen (*Appl.*).

Nun darf ich selbst das Wort ergreifen.

***Vorsitzwechsel – StR. Mag. Krotzer übernimmt den Vorsitz (16.05 Uhr).***

**Hohensinner:**

Ich bin wirklich dankbar, dass wir so konstruktiv über dieses Thema diskutieren, weil es geht wirklich um die Qualität der Nachmittagsbetreuung heute. Dieses Thema verfolgt uns seit 2017. Da wurde, gut gemeint, von der damaligen Ministerin ein Gesetz eingebracht. Warum war dieses Gesetz notwendig? Weil die Nachmittagsbetreuung sehr schnell flächendeckend ausgerollt wurde und damals hat man nur mit 15-a-Vereinbarungen gearbeitet. Damals hat die Ministerin dann ein Gesetz entworfen, dieses Gesetz wurde auch mit den Stimmen der ÖVP beschlossen und im Nachhinein ist man draufgekommen, dass man eigentlich den Kommunen den Finanzhahn abgedreht hat. Wenn dieses Gesetz wirklich schlagend geworden wäre, hätten wir ab

September dieses Jahres kein Geld mehr für das Personal in der Nachmittagsbetreuung bekommen. Ich war dann auch in Wien, hab in sämtlichen Ministerien vorgesprochen und dann hat es Gott sei Dank auch einen Reparaturversuch gegeben. Ich weiß nicht, wer damals mitgestimmt hat, eingebracht wurde das, so glaube ich, von Schwarz-Blau. Ich hoffe, die SPÖ hat dann mitgestimmt. Wir haben damals über den dringlichen Antrag angemerkt, dass diese Reparatur nicht weit genug geht. Eben, das hat nur das normale Personal betroffen und nicht unsere Zusatzgruppen. Ich weiß nicht, wer von euch schon einmal in der Nachmittagsbetreuung war oder selbst ein Kind dort hat. Das ist wirklich qualitätssteigernd. Wir haben so oft hier diskutiert, dass diese Nachmittagsbetreuung vom Gesetz her viel zu schwach aufgestellt ist. Dass die Nachmittagsbetreuung sogar in der Klasse stattfinden kann, weil es zuwenig Personal gibt. Nämlich 1: 25. Wir haben dann 100 Gruppen in Graz auf die Beine gestellt zum Thema Kunst, Sprachen, Sport. Wir haben eine Begabungsakademie auf die Beine gestellt und genau diese Gruppen sind jetzt gefährdet. Normalerweise starten diese Gruppen im Oktober und wir haben jetzt Mitte/Ende September, deswegen ist das Handeln jetzt ganz wichtig und da müssen wir uns wirklich von jeder Parteipolitik verabschieden. Da geht es jetzt um Graz, da geht es um die Grazer Kinder, um die Familien. Deshalb hab ich ja mit unserem Bürgermeister, mit unserem Koalitionspartner und vor allem mit dem Finanzreferenten am Montag gesprochen und hab die Zusicherung bekommen, dass wir 50 % des Ausfalles abdecken können und meine Bitte war, und ich hab seit Wochen schon eben im Land darum angesucht, dass das Land vorübergehend die anderen 50 % übernimmt. Bis jetzt war das immer ablehnend, ich hoffe, dass wir hier ein Umdenken erwirken. Aus welchem Topf wäre mir ehrlich gesagt wurscht, in dem Fall geht es nur über die zuständige Landesrätin, weil die Bedarfszuwendungen dürfen nur in Infrastrukturprojekte gesteckt werden und nicht in Personal. Das heißt, hier ist die Landesrätin eben am Zug. Ich habe ihr gestern am Abend noch ein Mail geschrieben, weil sie hat mir das ja abgesagt gehabt, ich habe ihr noch ein Mail geschrieben mit der Bitte, dass wir uns noch einmal zusammensetzen und da wirklich zu einer Lösung kommen. Ich hoffe, wir bringen das zusammen, sonst

werde ich einfach nächste Woche weitere Sitzungen einberufen, weil wir müssen ab ersten Oktober dann auch den Vereinen und den Familien sagen, wie es weitergeht. Danke für die breite Unterstützung.

***Vorsitzwechsel – StR. Hohensinner übernimmt den Vorsitz (16.07 Uhr).***

**Kreiner:**

Ich finde, dass die Förderung in allen Bereichen sehr wichtig ist und da ja das nicht immer nur im normalen Schulunterricht möglich ist, ist mir das ein besonderes Anliegen und wir übernehmen hier die Verantwortung und ich würde mir auch wünschen, dass eben die zuständigen Stellen auf Landesebene da auch genauso die Verantwortung übernehmen. Danke.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Hohensinner:**

Danke für dieses klare und starke Zeichen, dankeschön.

**10.2 Wiedereinrichtung einer Bahnhofsmision als zusätzliches Hilfsangebot  
(GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Taberhofer, KPÖ)**

**Taberhofer:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebes Publikum auf der Bühne. In den letzten Jahren haben wir als KPÖ bereits mehrmals darauf hingewiesen, dass sich die Schließung der Bahnhofsmision am Grazer Hauptbahnhof in den 90er-Jahren als schwerer Fehler erwiesen hat. So ist aktuell wieder vielfach zu hören, dass das Sicherheitsgefühl der Menschen und die Atmosphäre am Grazer Hauptbahnhof verbessert werden sollen. Aber aus unserer Sicht können Probleme vor Ort nicht durch Verbote gelöst werden, sondern es zeigt sich verstärkt, dass der Bedarf nach einer kostenlosen sozialen Anlaufstelle für viele Menschen, die z.B. obdachlos sind oder auch ein Suchtverhalten aufweisen, sehr groß ist.

Um das Sicherheitsgefühl und die Atmosphäre am Bahnhof zu verbessern, kommt man nicht umhin, die besondere soziale Verantwortung für die schwächsten Menschen in unserer Gesellschaft wahrzunehmen. Eine Bahnhofsmision wäre ein niederschwelliges Hilfsangebot für Menschen mit unterschiedlichen Problemlagen, für dessen Nutzung keine bestimmten persönlichen Voraussetzungen gegeben sein müssen. Egal, woher jemand kommt, es gilt z.B., für Wohnungslose und Obdachlose Übernachtungs- oder Unterbringungsmöglichkeiten sicherzustellen, Menschen, die mittellos sind, an die zuständigen Ämter der Stadt Graz zu verweisen oder Personen mit Suchtverhalten entsprechende Hilfestellungen zu bieten. Manchmal ist vielleicht auch nur eine kleine Hilfe in Form einer kompetenten Ansprechperson eine wichtige Unterstützung.

Darüber hinaus muss eine Bahnhofsmision einen kostenlosen Ruheraum bzw. auch Toilettenanlagen gewährleisten. Als ein möglicher Ort für so eine Einrichtung bietet sich, wieder einmal, nach wie vor die Bahnhofspassage an.

Wichtig ist es, vor allem auch als Menschenrechtsstadt Graz in verschiedenen Bereichen soziale Verantwortung zu übernehmen, um den Menschen in unserer Gesellschaft, die ausgegrenzt sind, entsprechende Unterstützung zu bieten.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

**dringlichen Antrag:**

Die für Sicherheit und Soziales zuständigen Stadtsenatsmitglieder, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Sozialstadtrat Kurt Hohensinner, werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen zu prüfen, ob das im Motivenbericht beschriebene Angebot, das seinerzeit von der Bahnhofsmision abgedeckt wurde, in einer ähnlichen Einrichtung in irgendeiner Form wieder installiert werden kann. Dabei soll auch die Kooperation mit GEMEINSAM.SICHER in Graz angestrebt werden, um die Möglichkeiten im Rahmen von Community Policing auszuloten.

Ich hoffe, dass das eine Mehrheit erfährt dieses Anliegen.

***Originaltext des dringlichen Antrages:***

*In den letzten Jahren haben wir als KPÖ bereits mehrmals darauf hingewiesen, dass sich die Schließung der Bahnhofsmision am Grazer Hauptbahnhof in den 90er-Jahren als schwerer Fehler erwiesen hat. So ist aktuell wieder vielfach zu hören, dass das Sicherheitsgefühl der Menschen und die Atmosphäre am Grazer Hauptbahnhof verbessert werden sollen. Aber aus unserer Sicht können Probleme vor Ort nicht durch Verbote gelöst werden, sondern es zeigt sich verstärkt, dass der Bedarf nach einer kostenlosen sozialen Anlaufstelle für viele Menschen, die z.B. obdachlos sind oder auch ein Suchtverhalten aufweisen, sehr groß ist.*

*Um das Sicherheitsgefühl und die Atmosphäre am Bahnhof zu verbessern, kommt man nicht umhin, die besondere soziale Verantwortung für die schwächsten Menschen unserer Gesellschaft wahrzunehmen. Eine Bahnhofsmision wäre ein niederschwelliges*

*Hilfsangebot für Menschen mit unterschiedlichen Problemlagen, für dessen Nutzung keine bestimmten persönlichen Voraussetzungen gegeben sein müssen. Egal, woher jemand kommt, es gilt z.B., für Wohnungslose und Obdachlose Übernachtungs- oder Unterbringungsmöglichkeiten sicherzustellen, Menschen, die mittellos sind, an die zuständigen Ämter der Stadt Graz zu verweisen oder Personen mit Suchtverhalten entsprechende Hilfestellungen zu bieten. Manchmal ist vielleicht auch nur eine kleine Hilfe in Form einer kompetenten Ansprechperson eine wichtige Unterstützung. Darüber hinaus muss eine Bahnhofsmision einen kostenlosen Ruheraum bzw. auch Toilettenanlagen gewährleisten. Als ein möglicher Ort für so eine Einrichtung bietet sich die Bahnhofspassage an.*

*Wichtig ist es, vor allem auch als Menschenrechtsstadt Graz in verschiedenen Bereichen soziale Verantwortung zu übernehmen, um den Menschen in unserer Gesellschaft, die ausgegrenzt sind, entsprechende Unterstützung zu bieten.*

*Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden*

**Antrag zur dringlichen Behandlung**

**(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):**

*Die für Sicherheit und Soziales zuständigen Stadtsenatsmitglieder, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Sozialstadtrat Kurt Hohensinner, werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen zu prüfen, ob das im Motivenbericht beschriebene Angebot, das seinerzeit von der Bahnhofsmision abgedeckt wurde, in einer ähnlichen Einrichtung in irgendeiner Form wieder installiert werden kann. Dabei soll auch die Kooperation mit GEMEINSAM.SICHER in Graz angestrebt werden, um die Möglichkeiten im Rahmen von Community Policing auszuloten.*

**GR<sup>in</sup> Schönbacher:**

Sehr geehrter Gemeinderat. Für uns ist dieser Antrag nicht dringlich. Warum, das erkläre ich ganz kurz. Dieser Antrag basiert natürlich oder höchst wahrscheinlich auf der Arbeitsgruppe Sicherer Bahnhof, weil es war eine vorgeschlagene Maßnahme, die aber nicht einmal das Sozialamt, so habe ich es mir sagen lassen, unterstützt. Das ist die eine Geschichte. Die andere Geschichte, warum ist der Bedarf aus unserer Sicht nicht da? Weil wir haben jede Menge Notschlafstellen, z.B. Vinzi-Tel, Vinzi-Nest, Arche 38, Franziskahaus, Rosalie, Schlupfhaus. Alle sind in der Nähe vom Bahnhof und wären leicht zu erreichen. Dort kann man Frühstück erhalten, Abendessen, Duschmöglichkeiten, Gebäckaufbewahrung und auch Beratung. Das heißt, es ist alles zu Fuß erreichbar. Dann gibt es noch in der Nähe Essensvergabe, wie z. B. das Marienstüberl, Vinzi-Bus, Kummerdienstag, Team Österreich Tafel, Vinzi-Markt, wo man einkaufen kann und wahrscheinlich habe ich noch gar nicht alles aufgezählt, das ist mir einmal auf die Schnelle untergekommen. Zusätzlich gibt es noch medizinische Hilfe, wie die Marienambulanz, die rollende Ambulanz, wir haben Streetwork Kontaktladen, wir haben Mobile Sozialarbeit, das ist so viel, was es da schon gibt. Ich wüsste nicht, warum das jetzt dringlich wäre, aber ich weiß schon, was für uns sehr wichtig und dringlich ist, nämlich Prävention gegen Sucht und zwar schon im Kindesalter beginnend. Das ist für uns wirklich wichtig und dringend und was auch wichtig ist, ist, dass nicht so viele Menschen zu uns kommen müssen, um eben zu betteln oder um eben sich dort aufzuhalten. Denn wenn ich mir anschau, wo die Leute alle herkommen, die in der Nachtschlafstelle sind, dann frage ich mich schon, wo unser Steuergeld da wirklich hingehet.

**GR<sup>in</sup> Gmeinbauer:**

Sehr geehrte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen. Einiges wurde mir von meiner Koalitionskollegin vorweggenommen, aber ich möchte auch ein wenig

ausführlicher erklären, warum es auch für uns nicht dringlich ist und möchte vor allem Folgendes ergänzen: Wenn wir von einer Bahnhofsmision sprechen, dann würde ich mir auch eine Hauptplatzmission wünschen. Denn auch hier befinden sich immer wieder an unserem berühmten Billa-Eck bestimmte Personen, die wir auch durch eine sogenannte Mission bedauerlicherweise nicht auf andere Plätze oder in andere Einrichtungen bringen. Von da her sehe ich auch eine Rückführung einer Bahnhofsmision, um jetzt, wie von euch formuliert, eine Form der Sicherheit wieder zu gewährleisten für sämtliche Passanten, die den Bahnhof nutzen, ob sie wegfahren oder ankommen, oder auch unsere Touristen willkommen heißen, nicht zielführend, denn genau das war damals vom Sozialstadtrat und Bürgermeister Stingl auch das Ansinnen, dass man diese Personen von unserem Bahnhofsgelände ein wenig wegbekommt und von daher wurde damals auch die Arche 38 installiert und ein weiteres namhaftes Haus in Graz. Inzwischen, und das kann ich nur aus meiner Erfahrung von 21 Jahren ehrenamtliche Tätigkeiten in der Vinzenzgemeinschaft bestätigen, seit 1993 hat die Vinzenzgemeinschaft viele Einrichtungen für Personen, Obdachlosigkeit bzw. die halt einfach nur 1 bis 2 Nächte in Graz unterzubringen sind, eingerichtet und auch die Caritas hat ihr Angebot dahingehend insofern erweitert, dass wir inzwischen in Graz ca. 500 Betten anbieten können, die sehr wohl manche auch 24 Stunden nutzbar sind. Nicht alle Einrichtungen, aber dennoch kann Tag und Nacht dahingehend Hilfe angeboten werden. Ich möchte zum Abschluss nur noch darauf hinweisen, dass mobile Sozialarbeit auch angeboten wird von unserem Sozialstadtrat Kurt Hohensinner. Das heißt, wenn euch etwas auffällt, dann ruft bitte dort an, dann kann man die geschulten Mitarbeiter dorthin schicken und versuchen, diese Personen von dort wegzubringen. Ich glaube, abschließend möchte ich noch ergänzen, sagen zu dürfen, dass man nicht wieder zurückgehen soll, was vor 27 Jahren eigentlich in eine andere Richtung vom Konzept her angestoßen wurde, sondern man sollte vielleicht schauen, und da bin ich ganz bei euch in eurem Antragstext, dass man vielleicht mit Gemeinsam Sicher etwas erarbeiten kann. Aber da genügt ein Anruf und dann bringt man das in die Gänge und bezüglich Suchtverhalten würde ich das auch an euch

zurückgeben dürfen, da seid's ihr ja mit eurem Stadtrat eigentlich gut platziert, sodass ihr auch das persönlich in die Gänge bringen könntet. Dankeschön (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (16.20 Uhr).***

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste, liebe Ulli. Ganz im Gegensatz zu meinen Vorrednerinnen erachten wir deinen Antrag absolut als dringlich. Ich freue mich sehr, dass du ihn eingebracht hast und finde es auch als ganz wichtiges Thema. Inhaltlich eigentlich ganz auf deiner Linie, würde es jetzt nicht unbedingt Bahnhofsmision wieder nennen wollen, aber es braucht am Bahnhof sicher eine Anlaufstelle und einen Aufenthaltsraum, wo man niederschwellig Beratungen in Anspruch nehmen kann und Unterstützung findet. Für den Ort gibt es ja mehrere Vorschläge. Es gibt eben die Bahnhofspassage, wie von dir genannt, es gibt auch Räumlichkeiten der Post, die leer stehen, also es würde auch von den örtlichen Gegebenheiten sicher möglich sein, so ein Angebot zu installieren. Wie auch schon gesagt wurde, ist es ja ein Vorschlag, der aus der Arbeitsgruppe Sicherer Bahnhof kommt und dieser Vorschlag sollte, aus meiner Sicht, ernst genommen werden. Was ich inhaltlich auch noch ergänzen möchte, ich fände es total wichtig, dass man eben auch die Streetworker und SozialarbeiterInnen, die jetzt schon vor Ort sind, gut einbindet in die Entwicklung eines solchen Angebotes. Jetzt möchte ich noch kurz etwas zu meinen Vorrednerinnen auch sagen. Liebe Dani Gmeinbauer, ich finde es irgendwie ehrlich gesagt ein wenig erschreckend, in welcher Selbstverständlichkeit du sagst, ja, am Hauptplatz haben wir ja unser Ziel auch nicht erreicht, die Menschen zu anderen Plätzen zu bringen. Das ist nicht mein Ziel. Es mag sein, dass es dein Ziel ist, und da unterscheidet sich unsere politische Ausrichtung ganz grundlegend. Mein Ziel ist es nicht, Menschen, die in den Augen mancher vielleicht unliebsam sind oder so, einfach an einen anderen Ort zu

schicken, wo sie weniger sichtbar sind. Das ist einfach nur eine Verdrängungspolitik (Appl.).

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer** unverständlich.*

**Wutte:**

Ich bin am Wort, du kannst nachher gerne noch einmal herausgehen (*Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke*).

Das ist einfach nur Verdrängungspolitik und löst kein Problem und ich würde mir einfach wünschen, dass auch deine Fraktion da ein wenig Einsicht hat und einfach ein Interesse daran zeigt, Probleme zu lösen, anstatt sie einfach nur an einen anderen Ort zu schieben. Weil dadurch verschwinden sie nicht, nur weil sie weniger sichtbar sind. Zur Kollegin Schönbacher möchte ich nur sagen, ich bin ja ganz deiner Meinung, dass es wichtig ist, in Richtung Suchtprävention alle Maßnahmen zu setzen, die geboten sind, aber darum geht es bei dem Thema ja überhaupt nicht. Dass du irgendwie wieder so das Lieblingsthema der FPÖ, nämlich das Migrationsthema, da irgendwie über die Hintertür hineinbringen musst, das finde ich schwer verständlich. Weil letztendlich soll es darum gehen, dass wir einfach am Bahnhof eine Situation schaffen, die für alle Menschen dort angenehm ist und einfach für Menschen, die Unterstützung brauchen und die auch bekommen. So einfach ist es und darauf sollten wir uns doch einigen können. Danke.

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, auch wir finden, dass dieser Antrag ein sehr dringlicher ist und ein sehr wichtiger und nicht nur, weil wir politisch viel Gefallen

daran finden können, sondern auch, weil ich in den letzten Wochen sehr viel am Bahnhof zu tun hatte und sehr viel auch mit SozialarbeiterInnen und StreetworkerInnen darüber geredet hab, wie man die Situation dort verbessern kann und die Antwort ihrer Meinung nach ist ganz klar: Die Situation ist dringlich und die Antwort ist kein generelles Alkoholverbot dort. Es gibt auch schon jetzt genügend Sicherheitspersonal. Trotzdem löst es die Probleme dort nicht, die es gibt und es sind ganz klar Probleme des Zusammenlebens, die wir in vielen größeren Städten sehen und an vielen größeren Bahnhöfen in größeren Städten. Ich glaube, einfach hier zu sagen es ist nicht dringlich und quasi es gibt ja eh schon so viel, ist nicht ausreichend, weil wenn man wirklich sagt, es gibt eh schon so viel, dann muss man sagen, wenn es eh schon so viel gibt, warum gibt es dann diese Situation am Bahnhof? Wenn es eh schon so viel gibt. Dann heißt es einfach, dass man andere Wege finden muss, wenn diese Sachen nicht angenommen werden oder wenn sie zu hochschwellig sind, dann muss man andere Wege finden. Weil einfach zuzuschauen ist, so glaube ich, kein Weg, den wir gehen können. Ich glaube halt auch, dass man am Bahnhof neue Wege gehen muss. Aber das ist ein erster Schritt in eine Lösung eines Problems und ich würde euch auch noch einmal bitten, und da bin ich ganz bei der Kollegin Wutte, können wir bitte ganz kurz darüber nachdenken, wie wir über diese Menschen reden? Wegbringen? Oder irgendwo hinschicken? Das ist halt erstens nicht gerade sensibel, würde ich einmal meinen, und zweitens ...

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Gmeinbauer: Man muss immer sinnerfassend zuhören können.*

**Robosch:**

Wegbringen ist ganz klar das Wort, das gefallen ist. Ich habe sinnerfassend zugehört und du hast wegbringen gesagt. Ich glaube nicht, dass es darum geht, Leute

wegzubringen, egal vom Billa-Eck oder vom Bahnhof, sondern es geht ganz klar darum, die Probleme in unserem Zusammenleben und die Probleme dieser Menschen zu lösen. Das wird man weder durch ein Alkoholverbot noch durch quasi nicht dringlich lösen, sondern man wird es nur lösen, wenn man gemeinsam an einem Strang ziehen und gemeinsam Lösungen finden. Deshalb kann ich nur plädieren, dass man versucht, Lösungen zu finden und dem Antrag zuzustimmen.

**Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:**

Gibt es weiter Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Antragstellerin zum Schlusswort, bitte.

**Taberhofer:**

Es ist für mich jetzt natürlich eindeutig klar, dass die Dringlichkeit keine Mehrheit finden wird. Ich finde das sehr problematisch, wenn man die Forderung nach eben einer Einrichtung nach Unterstützungsmaßnahmen, nach Hilfsangeboten vor Ort am Bahnhof nicht einmal darüber nachdenken will, sondern sagt, ach, es gibt schon so viele Beratungsstellen. Wir haben alles gemacht, was man machen muss, es interessiert uns nicht weiter. Ich halte es für ein großes Problem. Es wird sich das immer wieder irgendwie zeigen und es wird wahrscheinlich auch nicht die letzte Initiative sein, solange ich im Gemeinderat bin, befürchte ich, wo wir das Thema einfach erneut aufgreifen müssen. Es geht um Menschen und es geht um Hilfestellungen. Damit würde man Sie vor Ort erreichen können, und vertreiben und sagen, brauchen wir nicht, wegschicken und Verbote sind aus unserer Sicht einfach die falsche Herangehensweise an dieses Problem. Danke.

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

### **10.3 Maklerprovision (GR Eber, KPÖ)**

**Eber:**

Lieber Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Auch mein Thema hat uns schon öfter beschäftigt und ist vor allem schon jahrelang in Diskussion. Es geht um die Maklerprovision.

Seit Jahren sind die Wohnungsmieten und auch die Betriebskosten Spitzenreiter in der österreichischen Teuerungsstatistik. Aber auch die Wohnungseinstiegskosten werden für immer mehr Menschen zu einem Problem und dabei ist die Maklerprovision ein wichtiger Punkt bzw. ein großes Problem. Ein Problem dabei ist natürlich auch, dass sich die Provision für die Makler nach der Höhe der Miete berechnet und so gesehen haben Sie natürlich, die Makler, großes Interesse an möglichst hohen Mieten.

In Deutschland beispielsweise gibt es seit Juni 2015 das sogenannte Bestellerprinzip. Derjenige, der den Makler beauftragt, soll ihn auch zahlen. Das ist in den meisten Fällen, ich glaube 90 % ist das, der Vermieter. Ähnliche Regelungen gibt es auch in anderen europäischen Ländern wie etwa in den Benelux-Staaten, Großbritannien, Schweiz, Irland.

Der Wegfall der Maklerprovision für den Mieter ist nicht nur fair, vor allem wenn der Vermieter den Makler beauftragt hat, sondern bringt auch eine deutliche Erleichterung bei den Einstiegskosten für Wohnungssuchende.

Wir haben vor knapp drei Jahren eine Petition an den Nationalrat übergeben, wo wir Unterschriften gesammelt haben. Da sind in relativ kurzer Zeit 8.000 Unterschriften vorwiegend aus Graz zusammengekommen. Die Petition wurde abschließend noch nicht behandelt im Nationalrat und liegt noch dort.

Nunmehr zeichnet sich - durch die Aussagen von Sebastian Kurz und der ÖVP in diesem Sommer - eine deutliche Mehrheit im Nationalrat für diese ab. Meines Erachtens sollte jetzt diese Zeit noch genutzt werden, bis zur Nationalratswahl, die ja schon in wenigen

Tagen ist, um eine derartige Beschlussfassung im Nationalrat auch noch zu ermöglichen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Bundesgesetzgeber zu beschließen, dass die Maklerprovision von jenem zu bezahlen ist, der den Makler beauftragt.

Ich ersuche um möglichst breite Zustimmung, danke.

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Seit Jahren sind die Wohnungsmieten Spitzenreiter in der österreichischen Teuerungsstatistik. Aber auch die Wohnungseinstiegskosten werden für immer mehr Menschen zu einem Problem.*

*Ein wichtiger Punkt dabei ist die Maklerprovision. Da sich die Provision für die Makler nach der Höhe der Miete berechnet, haben Sie großes Interesse an möglichst hohen Mieten.*

*Seit Juni 2015 gilt beispielweise bei unseren deutschen Nachbarn das Bestellerprinzip. Derjenige, der den Makler beauftragt, soll ihn auch zahlen. Meistens ist das der Vermieter. Auch in anderen europäischen Ländern gelten ähnliche Regelungen (Großbritannien, Schweiz, Irland, Belgien...).*

*Der Wegfall der Maklerprovision für den Mieter ist nicht nur fair (wenn der Vermieter den Makler beauftragt hat), sondern bringt auch eine Erleichterung bei den Einstiegskosten für Wohnungssuchende.*

*Nunmehr zeichnet sich - durch die Aussagen von Sebastian Kurz und der ÖVP - eine deutliche Mehrheit im Nationalrat für diese Forderung (Keine Maklerprovision für*

*Mieter) ab. Deshalb sollte diese Maßnahme noch vor der Neuwahl des Nationalrats beschlossen werden.*

*Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Antrag zur dringlichen Behandlung**

*(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):*

*Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Bundesgesetzgeber zu beschließen, dass die Maklerprovision von jenem zu bezahlen ist, der den Makler beauftragt.*

GR. Mag. **Sippel:**

Herr Bürgermeisterstellvertreter, hoher Gemeinderat, auch ein paar kurze Worte zu diesem Bestellerprinzip. So richtig durchdacht sind die Initiativen der KPÖ heute nicht. Man könnte fast meinen, der Populismus geht heute ein wenig durch mit euch, aber es ist klar, die Wahlen stehen vor der Türe. Ich glaube, es wird schwierig mit dem Einzug, aber vielleicht eine Empfehlung, um da die Chancen zu erhöhen: Kümmert euch ein wenig mehr um den Verkehr, weniger ums Wohnen, ich glaube, der Sommer hat gezeigt, dass das dringend notwendig wäre. Aber warum sind diese Maßnahmen, die im ersten Moment ja gut klingen, nicht durchdacht oder nicht zu Ende gedacht? Der Haken ist wie so oft auch hier im Detail. Was bedeutet das, wenn jetzt der Vermieter für die Maklergebühren aufkommen muss? Das bedeutet, dass der das hintenherum natürlich wieder auf die Mieten aufschlagen wird. Natürlich wird er sich auch, wenn man so will, schadlos halten und das kommt letztlich auch wieder zum Mieter zurück. Der nächste Punkt ist der, dass ein Makler eine Informations- und Aufklärungs- und Sorgfaltspflicht hat. Das heißt, er muss z.B. einen Mieter darauf hinweisen, dass es sich um eine erhöhte Miete handelt, wenn das der Vermieter so auspreist. Da entstehen auch Haftungsfragen dadurch und wenn es jetzt keine Provision mehr seitens des

Mieters gibt, dann wird diese Verpflichtung auf dieses Rechtsverhältnis ein anderes sein. Dann wird er nicht mehr über diese Dinge informieren. Das muss man mitbedenken und insgesamt halte ich nicht viel davon und es schwingt so durch, dass man hier einen ganzen Berufsstand, ich weiß schon, der Makler ist wahrscheinlich nicht viel vom Politiker entfernt, was die Vertrauenswerte betrifft, ist auch eine Zuschreibung, ist halt so, aber trotzdem halte ich nicht viel davon, dass man die Makler insgesamt dermaßen auch negativ hier sieht. Das schwingt so in diesem Antrag mit und genauso ist es auch mit der Mietpreisobergrenze. Das ist ja genauso wieder auch eine Forderung, die da jetzt aufgetaucht ist, die ist auch nicht fertig durchdacht. Es ist klingt natürlich im ersten Moment gut. Wir beschränken mit einer Obergrenze, tatsächlich werden dann nur mehr wenige Vermieter das Risiko überhaupt eingehen, wenn es um die Frage geht, dass man die Wohnung auf den Markt wirft. Es wird auch das Wohnungsangebot zurückgehen bei einer Mietpreisobergrenze beispielsweise, weil sich viele das nicht mehr antun. Es wird weniger günstige Mieten geben, das wird sich sozusagen preislich anpassen. Es wird auch die Erhaltung zurückgehen, was den Wohnraum betrifft und, was auch noch dazu kommt, Einrichtungsgegenstände werden dann, so gut es geht, weil sie da ja ausgenommen sind, um einiges mehr vermietet werden. Das sind alles Dinge, die man zu Ende denken muss, das wäre die Empfehlung an euch, liebe KPÖ, und nicht immer gleich Eingriffe in Eigentumsrecht und sonstige Dinge machen, sondern einfach die Maßnahmen, die ihr hier herinnen fordert, auch vorher durchdenken.

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer:**

Herr Sippel (*sie schüttelt den Kopf*), sehr bemüht. Du hast dich wirklich sehr bemüht, die Verteilungsfrage zu kaschieren. Wo haben wir das, wir haben einen Besteller und ich zahle nur die Hälfte? Das geht nicht, das widerspricht dem Gedanken der Wirtschaftlichkeit und des Wirtschaftens. Der Besteller, der die Wohnung an den

Mieter bringen will und dafür einen Makler beauftragt, soll den Makler auch zur Gänze bezahlen. Ich möchte nicht die Makler negativ sehen, ganz im Gegenteil, ich kenne manche persönlich. Die sind bemüht, sie haben ein hohes Anforderungsprofil und es ist nicht der leichte Job. Diese Berufsgruppe hat es sicher nicht ganz einfach, aber wer zahlt die Leistung? Das soll der, der das macht. Insofern ist die Maklerprovision gut und dringlich, dass man es dorthin gibt, wo der Auftrag ist. Der KPÖ muss ich heute jetzt sagen, dass die Arbeiterkammer das schon lange gefordert hat, dass die SPÖ das auch schon lange gefordert hat und ich darf darauf jetzt verweisen, dass heute ein Fristsetzungsantrag im Parlament eingebracht wurde oder wird, das kann ich zeitlich nicht sagen am heutigen Tage, und jetzt wäre es schon in der nächsten Woche möglich, im Plenum die Maklerprovision in dieser Form der Vergangenheit angehören zu lassen, sodass die Mieter nicht mit diesen hohen Einstiegskosten zusätzlich konfrontiert sind und das Bestellerprinzip im Sinne der Wirtschaft, der, der den Auftrag erteilt, der soll ihn auch bezahlen. Also weg mit der Maklergebühr, das ist nicht die Gebühr, die die Mieter zu tragen haben.

**GR. Dreisiebner:**

Nach der Wortmeldung von der Susanne Bauer und danke dem Antragsteller, da bleibt eigentlich in der Sache nicht mehr so viel hinzuzufügen. Es ist aus meinem Nachdenken heraus in den Stunden, wo ich den Antrag kenne, ist mir nichts eingefallen, wo der eine jemanden beauftragt und der andere muss zahlen. Das jetzt einmal ganz jovial und wie man es draußen auf der Straße auch bespricht oder wenn sich Menschen treffen, die darüber sprechen. Das hier ist ein Unikum in Österreich, das es in anderen Staaten nicht gibt und das es auch in anderen Geschäftsfällen in der Form nicht gibt. Insofern kann man dem Antragsteller nur Recht geben. Der Vorwurf, dass heute Wahlkampf betrieben wird, vom Armin Sippel, der dann den nächsten dringlichen Antrag, meines Wissens, einbringen wird, wo es um sogenannten Nichtraucherenschutz, abendliche Sonderregelungen, Aufweichungen etc. geht. Ihr probiert es halt einfach immer

wieder, den Vorwurf schießt du dir mit deiner nächsten Wortmeldung, mit deinem dringlichen Antrag eben auch schon etwas ab, würde ich sagen. Ansonsten hoffen wir, dass der Nationalrat das dementsprechend beschließt und dass es mehr ist als nur eine Wortmeldung des Altkanzlers Kurz, dass man in diese Richtung eine Veränderung macht. Wir halten sie für sehr notwendig und werden den Antrag unterstützen.

GR. Mag. **Egger:**

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Galerie. Ich möchte, bevor ich zum inhaltlichen Teil des Antrages komme, ein paar Zahlen vorab liefern, die die Thematik vielleicht in ein anderes Licht bringen. Von den 100 % der Wohnungen sind 55 % im Eigentum und damit vom Bestellerprinzip ausgenommen. Von den 45 %, die über bleiben, sind 6 von 10 im sozialen Wohnbau und im Genossenschaftsbereich. Damit auch ausgenommen. Damit bleiben rund 25 % der insgesamt verfügbaren Wohnungen über.

*Zwischenruf unverständlich.*

**Egger:**

Lass mich fertigreden. Ich weiß, ihr könnt das im Parlament noch nicht sagen, weil ihr noch nicht vertreten seid, aber das soll ja kommen. Von diesen 25 %, also von diesem Viertel aller insgesamt Wohnungen ist die durchschnittliche Bruttomonatsmiete plus/minus 700 Euro. Das heißt, wahrscheinlich die eine oder andere von diesen, weil man muss ja immer die gesamte Scala betrachten, kommt es auch nicht in Erwägung. Wir stehen sehr dazu zu diesem Bestellerprinzip, ich glaube, das ist eine gute Variante, und weil heute auch das deutsche Modell zitiert wurde, Herr Kollege, das ist halt wie

immer bei der KPÖ, man liest irgendwo eine Überschrift und denkt sich, halt, da können wir schnell einen billigen Punkt machen.

*Zwischenruf unverständlich.*

**Egger:**

Weil der Herr Kollege hört mir nicht zu und dann vergisst er es wieder. Da kann man einen billigen Punkt machen, weil es ist Wahlkampf. Der Herr Kollege Krotzer tippt schon, das Facebook-Posting ist also auch schon fertig.

*Zwischenruf StR. Mag. **Krotzer**: Nein, es werden Unterschriften gesammelt.*

**Egger**

Ja, Unterschriftensammeln ist eh euer Lieblingsthema. Ich hoffe, ihr wisst noch, bei welcher Unterschriftensammlung ihr seids.

Ich glaube, es ist aktuell kein Thema, weil, und die Kollegin Bauer hatte Recht, es wird zur Stunde bereits ein Antrag debattiert, dass nämlich diese Gesamtsituation, und das ist ja nicht ganz so einfach zu lösen, denn man kann ja nicht nur das Maklergesetz ändern, der im Übrigen im Gegensatz zum deutschen Modell, Kommunismus bitte aufpassen, zum deutschen Modell hat der auch in Österreich eine quasi Sachverständigentätigkeit und mit der Sachverständigentätigkeit auch eine rechtliche Haftung. Das unterscheidet uns im Wesentlichen von Deutschland. Wenn schon abschreiben, dann genau abschreiben und dadurch, dass das aktuell gerade im Parlament behandelt wird, hat das jedenfalls keine Dringlichkeit. Aber ich habe

verstanden, dass ihr es eingebracht habt's, es ist fürs Facebook-Posting super, es ist für die Zeitungsmeldung auch recht lässig, es betrifft halt nur niemanden.

**Eber:**

Da sich überraschenderweise keine Mehrheit abzeichnet, zunächst vielen Dank, Susi Bauer und Karl Dreisiebner, für die signalisierte Zustimmung. Kollegin Bauer hat darauf hingewiesen, dass die Arbeiterkammer und auch die SPÖ auch schon sehr lange diese Forderung erheben, das ist natürlich absolut richtig. Es gibt auch weitere Institutionen, Vereine, Mietervereinigungen usw., die das machen und das ist natürlich alles sehr erfreulich und sehr wichtig, dass die das machen. Ein Wort zu den Zahlenspielen vom Kollegen Kurt Egger. 55 % der Wohnungen, hast du gesagt, befinden sich im Eigentum. Selbstverständlich werden diese gesamten 55 % nicht immer von den Eigentümern auch bewohnt, sondern natürlich auch tatsächlich weitervermietet. Das kommt natürlich auch vor. Nicht durchdacht hingegen war die Wortmeldung vom Kollegen Armin Sippel. Das muss ich schon sagen. Er hat gemeint, wenn jetzt die Maklerprovision abgeschafft wird, dann werden die Vermieter selbstverständlich diese Gebühr...

*Zwischenruf GR. Mag. **Sippel**: unverständlich.*

**Eber:** Entschuldige, ja, wenn es der Vermieter bezahlen muss, nachher wird der Vermieter natürlich hergehen und das den Mietern über Umwege sozusagen draufschlagen. Wir haben in Österreich zum Glück auch gute Gesetze, natürlich, das Richtwertgesetz schließt so etwas aus, dass das aufgeschlagen wird, sondern da gibt es ganz klare Bestimmungen natürlich. Zum anderen ist es natürlich auch so, wenn dieses Bestellerprinzip so kommen würde, wie wir uns das jetzt hier wünschen, dann würde

das natürlich auch bedeuten, dass vielleicht der eine oder andere Vermieter darauf verzichten würde, einen Makler einzuschalten. Zu guter Letzt, noch einmal zurück zum Kollegen Egger. Du hast gesagt, die Dringlichkeit ist überhaupt nicht gegeben, weil das wird jetzt eh im Nationalrat schon diskutiert. Da meine ich, gerade deswegen ist es dringlich, weil es dort diskutiert wird und weil wir als immerhin doch zweitgrößte Stadt in Österreich auch hier noch einmal ein deutliches Signal an den Nationalrat meines Erachtens schicken sollten.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

#### **10.4 Sonderregelungen im TNRS (GR Mag. Sippel, FPÖ)**

##### **Sippel:**

Hoher Gemeinderat, ich gehe davon aus, dass Sie alle diesen hervorragend formulierten dringlichen Antrag gelesen haben. Deshalb werde ich jetzt nicht auf den Motivenbericht im Wortsinn eingehen, sondern das Ganze vielleicht etwas zusammenfassen. Wir können davon ausgehen, dass nicht alle 1,8 Mio. Raucher in dieser Republik zu Allerheiligen mit dem Rauchen aufhören. Es wäre ein guter Zeitpunkt an und für sich, aber das wird nicht passieren. Das heißt, ab 1. November haben wir als Stadtverantwortliche und in erster Linie die Anrainer ein Riesenproblem. Lieber Karl Dreisiebner, den Anrainern ist es wurscht, ob jetzt Wahlkampf ist oder nicht. Die werden ab 1. November ein großes Problem haben, nämlich dann, wenn Massen von Rauchern vor den Lokalen stehen, sich laut unterhalten, denn wenn ich aus einem Lokal herauskomme, wo Musik gespielt wird, rede ich einmal fünf Minuten in einer Lautstärke weiter und das summiert wird ein echtes Problem für viele Anrainer

werden. Wir kennen diese Probleme ja, wir haben sie ja schon gehabt, beispielsweise im Grazer Univiertel. Dort war ja das schon. Das haben wir hinbekommen, nachdem da einige Gastronomen Systeme eingeführt haben, sich kooperativ gezeigt haben, mit der Exekutive zusammengearbeitet haben. Ich glaube, wir können uns darauf verständigen, im Univiertel läuft es derzeit relativ gut. Ich sehe da schon wieder auch diese Sperrstundendebatte wieder heraufdämmern, die wir hier herinnen schon oft diskutiert haben, wenn wir uns da nicht etwas überlegen. Ich weiß schon, wir haben leider Gottes nicht die Kompetenz, es ist natürlich der Bundesgesetzgeber, genau um das geht es. Wir sollen von Graz aus, die eine wichtige Stadt in dieser Rolle ist, weil es viele Gastronomen gibt, weil es viele Nachtlokale gibt, weil es großartige Wirtshauskultur gibt, wenn es da ein Signal seitens der Stadt Graz gibt, dass man hier sich auch Ausnahmeregelungen überlegt. Ich denke, das wäre ein gutes Zeichen. Deswegen sind wir hier bei der Initiative der Nachtgastronomie, 1.500 Wirte in ganz Österreich haben sich da angeschlossen, wo es darum geht, Ausnahmeregelungen auch einzuklagen. Es hat einen Individualantrag an den Verfassungsgerichtshof gegeben, der hat die erste Hürde genommen, es hat jetzt eine Aufforderung an die Bundesregierung gegeben, eine Stellungnahme abzugeben. Das heißt, das unterstützen wir, da braucht es Ideen. Wir sind auch bei der Wirtschaftskammer. Die spricht sich auch für Ausnahmeregelungen für Nachtlokale aus. Beispielsweise hat der Karl Heinz Kopf auch davon gesprochen, dass man Raucherbereiche dort einrichten könnte, in den Lokalen drinnen, und es gibt auch die eine oder andere fleißige Abgeordnete in Graz, die sich auch in der Zeitung im Sommer zu Wort gemeldet hat und gesagt hat, es braucht Lösungen für die Situation in Nachtlokalen und in Klubs, vor allem im Univiertel. Deshalb gibt es eben auch diesen Wunsch, der, so glaube ich, wirklich vernünftig wäre, um den Supergau ab 1. November abzuwenden. Das wäre, Rauchen zu erlauben in Lokalen mit Nachtbetrieb ab 20 oder 21 Uhr. Wir sollten auch darüber nachdenken, ob man kleinen Tschecherln, kleinen Beisl, die auch ein wesentlicher Beitrag zur Wirtshauskultur in diesem Land sind, nicht auch hier Entgegenkommen zeigt und hier, um diese Existenzen zu erhalten, nicht auch über

Ausnahmeregelungen nachdenken und wir sollten auch Lokale, die Rauchen als Zweck haben, bedenken. Denn es ist ja widersinnig, dass ich ein Nichtrauchererschutzgesetz über ein Lokal drüberlege, wo ohnehin nur Leute hingehen, die rauchen. Ich hätte mir nie gedacht, dass ich einmal für Shisha-Bars in die Bresche springe, aber die betrifft es natürlich auch. Ich kann jetzt mit dieser orientalischen Kultur, mit dieser Form des Rauchens, wenig anfangen, aber sie sind beliebt. Ich meine, die Anna Robosch, jetzt geht der Blick natürlich hinunter, das ist klar, aber wir sind ja gemeinsam bei vielen Schülerdiskussionen, oder auch der Niko Swatek, wir sind bei einigen Schülerdiskussionen 2017 gesessen und da war das das Thema Nr. 1. Ich habe kaum eine Schule erlebt, wo es nicht geheißen hat, was passiert jetzt mit den Shisha-Bars, weil es damals auch schon in der Auslage war, dass es kommen könnte und damals habt ihr noch gesagt, na, da werden wir uns einsetzen für die Shisha-Bars und da werden wir schon schauen, dass hier entsprechend Ausnahmegenehmigungen dann ausgesprochen werden. Es ist leider anders gekommen und ich bin nicht der Pflichtverteidiger, aber bitte vergessen wir nicht, 10.000 Arbeitsplätze, es gibt 500 solcher Shisha-Bars in ganz Österreich und diese 10.000 Arbeitsplätze werden vernichtet. Das sind auch Steuerleistungen, das würde ich jetzt nicht unbedingt als so toll empfinden. Also überlegen wir uns das, was kommt da auf die Bürger und auf die Gastronomen zu? Gehen wir diesen Schritt, beauftragen wir die zukünftige Bundesregierung, hier noch einmal nachzudenken, ich glaube, es wäre im Sinne der Wirtschaft und vor allem auch der Anrainer. Der Antragstext liegt Ihnen vor, ich werde ihn jetzt nicht verlesen, ich bitte um Annahme.

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister!*

*Dass die als Paragraph 13a in das Tabakgesetz 2008 eingeführte Regelung als typisch österreichische Lösung in die Geschichtsbücher eingehen würde, war spätestens zu dem*

*Zeitpunkt klar geworden, als erste Überlegungen dahingehend laut wurden, diese Ausnahmeregelung zugunsten eines generellen Rauchverbotes in der Gastronomie abzulösen. Die Geschichte ist allseits bekannt. Zahlreiche Gastronomen, die auf eine Beständigkeit dieser Lösung vertrauten, investierten keine geringen Summen in diverse Umbauten, Abtrennungen und in Lüftungssysteme. 2015 wurde eben jener § 13a, Grundlage für diese Investitionen, gekippt. Mit 1.11.2019 soll die nunmehr zehn Jahre in Kraft befindliche Ausnahmeregelung ersatzlos aufgehoben werden.*

*Mit Sicherheit darf gesagt werden, dass die mit dieser Regelung verfolgten Ziele des Schutzes Dritter vor den Auswirkungen ungewollter Inhalation von Tabakverbrennungsstoffen nicht im erhofften Ausmaß erreicht werden konnten. Was aber auch Nachwirkungen haben wird, ist die Art und Weise, wie die Politik vergangener Jahre mit den Gastronomen in unserem Land umgegangen ist. Eine Entschädigung für den auf Basis geltenden Rechts hergestellten Zustand werden Sie nicht erhalten.*

*Nun sollte man meinen, der Gesetzgeber hätte angesichts dieser missglückten Umsetzung vor mehr als zehn Jahren ausreichend Zeit gehabt, nicht erneut einen Fehler dieser Tragweite zu begehen, doch im Endergebnis soll nun genau jene 2008 erarbeitete Regelung ersatzlos gestrichen werden.*

*Ja, es hat viel – vermutlich zu viel – Zeit benötigt, bis Österreich zahlreiche notwendige Regelungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen im Bereich des Nichtraucherschutzes bekommen hat. Als Beispiele nenne ich das Rauchverbot in Privat-Kfz in Anwesenheit von Personen unter 18 Jahren, ein Zutrittsverbot zu Raucherbereichen im Alter von unter 18 Jahren, ein Verbot des Verkaufs von Tabakerzeugnissen an Personen unter 18 Jahren. Das alles waren längst fällige Maßnahmen, die im Verlauf der Jahre 2018 und 2019 wirksam wurden. Es darf keinem Menschen gegen seinen Willen zugemutet werden, seinen Körper Abfallstoffen von Verbrennungsprozessen auszusetzen. In diesem Punkt wird gewiss niemand widersprechen.*

*Doch zurückkommend auf die gegenständliche Themenstellung muss klar festgehalten werden, dass die außer Kraft tretende Ausnahmeregelung im Vergleich zu den zuvor genannten Maßnahmen eine wesentlich größere Tragweite entfaltet, die letztendlich nicht nur wirtschaftliche Existenzen gefährden und in absehbarer Zeit auch zerstören wird, sondern die uns als Stadt Graz auch im Bereich des Anrainerschutzes vor nicht lösbare Probleme stellen wird. Alleine die Problematik im Uni-Viertel wird sich aller Voraussicht nach ab dem 1. November empfindlich verschärfen. Es ist zu erwarten, dass die Lokalbesucher in Zinzendorfgasse, Elisabeth- und Beethovenstraße zum Rauchen ins Freie gehen werden. Es wird zu einer enormen Zunahme an Ruhestörungsdelikten kommen, Polizeieinsätze werden zunehmen und die Bevölkerung wird von der Stadt eine Lösung einfordern. Dieser Graz-Bezug in der öffentlichen Debatte wurde auch von der Nationalratsabgeordneten Martina Kaufmann erkannt und entsprechend formuliert. Und da sind wir bei einem der massiven Probleme, die durch das Fallen dieser Regelung auf uns zukommen werden.*

*Das zweite große und schon kurz angesprochene Unglück ist ein Sterben der kleinen Wirtshäuser – der Beisl, der Eckkneipen, der Tschecherln. Für viele Menschen – nicht nur außerhalb der Innenstadt – dienen diese Lokale nicht selten als ein zweites Wohnzimmer und in ihrer Funktion als Grätzeltreff dem persönlichen Austausch und der psychischen Hygiene der dort lebenden Bevölkerung. Überhaupt vermisse ich diese Komponente in der öffentlichen Debatte fast völlig.*

*Trotz vieler richtiger und wichtiger Argumente im Sinne des Jugendschutzes, des Arbeitnehmerschutzes und generell des Nichtraucher-schutzes wird die am 1.11.2019 in Kraft tretende Regelung – die ersatzlose Streichung der 2008 formulierten Ausnahmeregelung – zwar den Rauch aus der Gastronomie verbannen, im gleichen Atemzug aber die Raucher auf die Straße treiben und als erbarmungslosen Nebeneffekt ein Aussterben der Beisl einläuten.*

*Es ist daher – wenn auch zu einem sehr späten Zeitpunkt – großer Handlungsbedarf dahingehend gegeben, dem Bundesgesetzgeber ein warnendes Signal zu senden.*

*Zweifellos muss diese neue Regelung in jeder Hinsicht ein besseres Modell abgeben, als*

*es der § 13a bisher gewesen ist. Wir werden in Österreich nicht um eine Sonderregelung für gewisse Kategorien innerhalb der Gastronomie umhinkommen. Jedenfalls muss es einen Sonderstatus für Nachtlokale – Diskotheken, Bars, Pubs udgl. – geben, um damit auch die drohende Ausuferung von Ruhestörungsdelikten, die nicht ausbleiben wird, im Keim zu ersticken und in diesem Sinne unsere Verantwortung in Richtung Anrainerschutz wahrzunehmen. Anbieten könnte sich dabei etwa eine Regelung, in der bestimmte Kategorien von Gastronomiebetrieben ab einer gewissen Uhrzeit vom Rauchverbot ausgenommen werden. Denkbar wären in diesem Zusammenhang auch servicefreie und abgetrennte Raucherbereiche zum Schutz von Arbeitnehmern analog zu Raucherlounges auf Flughäfen.*

*Eine zweite Komponente innerhalb der Sonderregelungen wäre analog zur Systematik einzelner Bundesländer in Deutschland denkbar. Betriebe mit einer Größe von weniger als beispielsweise 75 qm könnten unter Auflagen – Zutritt erst ab 18 Jahren, kein Angebot von Speisen – vom Rauchverbot ausgenommen werden. Eine solche Regelung könnte für zahlreiche Kleingastronomen die Rettung ihrer Existenz bedeuten.*

*Auf Grundlage des bisher Gesagten ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender*

**dringlicher Antrag**

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:*

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Der Bundesgesetzgeber wird am Petitionswege ersucht, eine neue Sonderregelung innerhalb des TNRSG und der GewO zu erarbeiten und schnellstmöglich zur Umsetzung zu bringen. Diese neue Regelung soll gewährleisten:*

- 1. Nachtlokale, wie beispielsweise Diskotheken, Bars, Pubs sowie weitere vergleichbare gastronomische Betriebe sollen unter gewissen Voraussetzungen vom absoluten Rauchverbot ausgenommen werden können. Als Voraussetzungen denkbar wären etwa eine Uhrzeitenregelung sowie spezielle räumliche Vorkehrungen wie beispielsweise ein abgetrennter servicefreier Raucherbereich. Mit dieser Maßnahme soll vor allem eine Zunahme von Ruhestörungsdelikten unterbunden und Anrainerschutz gewährleistet werden.*
- 2. Gastronomiebetriebe unterhalb einer bestimmten Größe sollen unter den Auflagen, dass der Zutritt erst ab einem Alter von 18 Jahren gestattet ist und keine Verabreichung von Speisen stattfindet, vom absoluten Rauchverbot ausgenommen sein. Eine zusätzliche Uhrzeitenregelung, die es ermöglicht, im rauchfreien Tagesbetrieb Speisen zu verabreichen, wäre wünschenswert.*

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, lieber Armin Sippel. Es ist schon erstaunlich, wie beharrlich ihr von der FPÖ an dem Thema festhaltet. Ich finde es insofern erstaunlich, als ihr GesundheitsexpertInnen ignoriert, ihr ignoriert aber auch gute Erfahrungswerte aus anderen EU-Ländern, die mit dem Rauchverbot in der Gastronomie sehr gut fahren und was ich eigentlich am Gravierendsten finde, gerade im Falle von eurer Partei, ihr ignoriert ein Volksbegehren, das 880.000 Menschen unterschrieben haben. Du hast zwar die 1500 Wirte genannt, aber über die 880.000 BürgerInnen, die das Don't-Smoke-Volksbegehren unterschrieben haben, hast jetzt irgendwie nicht geredet und das finde ich schon erstaunlich, wie ihr das an euch abprallen lässt. Ein Punkt, der mit in der ganzen Debatte auch besonders wichtig ist, wir reden oft darüber, man kann sich eh aussuchen, ob man in das Lokal geht oder nicht, aber die Menschen, die dort arbeiten, können sich das nicht aussuchen. Die Leute, die in der Gastro arbeiten, sind ganz oft auf diese Arbeit angewiesen und sind in

diesen Stunden einfach diesem wahnsinnig gesundheitsschädlichen Zigarettenqualm ausgesetzt. Ich finde das schade, dass du das so ignorierst, wie es den Menschen, die da arbeiten, geht. Einen Punkt, auf den möchte ich noch eingehen, weil du in deinem Antrag auch so betont hast, dass diese kleinen Beisln so super Krätzeltreffs in den Stadtteilen und so sind, da habe ich mir gedacht, eigentlich ist es doch gerade in eurem Ressort so, dass ihr da unmittelbaren Einfluss darauf hättet, wieder mehr Stadtteiltreffs zu schaffen. Nämlich, indem ihr die Stadtteilzentren in Graz wieder gut finanziell ausstattet. Weil genau die haben diese Funktion von eben einem niederschweligen Treffpunkt, wo Menschen zusammenkommen, aber eben ohne Zigarettenrauch und ohne Konsumzwang. Von dem her kann ich nur noch einmal an euch appellieren, dass diese Stadtteilzentren wieder mit der richtigen Infrastruktur ausgestattet werden. Danke.

GR. Mag. **Haßler**:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Wer vor dem Sommer im Fernsehen das komische Ibiza-Video gesehen hat, hat ja mitbekommen, was übertriebener Suchtmittelkonsum aus Menschen machen kann (*Lachen aus den Reihen des Gemeinderatssaals*). Für uns war es positiv, weil das hat ermöglicht, dass endlich auch die ÖVP in dieser Raucher-/Nichtraucher-Frage so sein kann und so agieren kann, wie sie möchte und dass dann dieses Verbot auch zustande gekommen ist. Woran ich mich auch noch erinnern kann, im ersten Interview hat die Frau vom Heinz Christian Strache dann gesagt im Fernsehen: „Nein das Video, das war nicht mein Heinz Christian den ich da gesehen habe, das muss ein anderer gewesen sein.“ Als ich den Antrag vom Armin gelesen habe, habe ich auch gedacht, das war nicht der Armin, den ich kenne, das muss ein anderer Armin gewesen sein, weil der kann nicht so einen Stuss zusammenschreiben. Aber nachdem der Armin jetzt gesagt hat, wir haben alle seinen brillanten Antrag gelesen, muss er es doch gewesen sein, vermute ich und dann kommt nur mehr meine zweite Theorie ins Spiel, wahrscheinlich war er

auch auf Urlaub, hoffentlich nicht auf Ibiza, aber es dürfte eine Nacht gewesen sein, die auch lau war und wo man einiges zum Nachdenken mitgebracht hat. Zum Antrag zu kommen, kann ich nur sagen, es ist ein Sammelsurium aus Kuriositäten. Einerseits steht hier, es darf keinem Menschen gegen seinen Willen zugemutet werden, seinem Körper Abfallstoffe von Verbrennungsprozessen auszusetzen, ich bekomme das fast nicht heraus, dann wird vom Schutz der Mitarbeiter geredet, dann wird von Gasthäusern geredet, von konsumfreien Zonen, ich nehme an, das ist ein Automat, ein Cola-Automat oder was, wo man dann daneben raucht, oder keine Ahnung wie das getimet ist. Dann wird davon geredet, eine Vermischung, teilweise Raucher, teilweise Nichtraucher, also am Tag Nichtraucher, dann Raucher. Das wird auch etwas komisch sein von der Geruchslage her in den Lokalen. Lange Rede, kurzer Sinn und auch noch eine Nachricht von der Anna Robosch, sie hat das nie gesagt, so wie du das hier behauptet hast, das soll ich ausrichten. Aber lange Rede, kurzer Sinn: Es ist weder dringlich noch ist es ein brillanter Antrag. Daher werden wir weder der Dringlichkeit noch dem Antrag zustimmen.

**GR Swatek:**

Ich möchte es eigentlich auch nur ganz kurz machen. Du weißt, Armin, wenn es darum geht, Shisha-Bars zu retten, hast du mit mir immer einen starken Verbündeten, aber ich finde auch, dass dein Antrag ein wenig zu weit geht, über das Ziel hinausschießt. Besonders dort, wo du auf einmal Uhrzeitenregelungen machen willst, abhängig davon, ob man essen kann oder nicht. Das hat ja recht wenig damit zu tun, als die Gesamtbelastung im Raum von der einen Minute auf die andere, oder wie auch immer du das regeln möchtest, sich nicht ändern wird. Das heißt, ich werde der Dringlichkeit zustimmen, weil ich finde, jeder Antrag verdient es, noch weiter diskutiert zu werden, aber dann den Antrag als Ganzes ablehnen.

GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer:**

Lieber Herr Vorsitzender, ja, ein spannendes Thema auch für mich persönlich, da ich ja eine Raucherin bin. Wer es weiß, wer es bis jetzt nicht wusste, jetzt ist es bekannt. Es macht ja nichts, man muss auch zu seinen Sünden stehen. Nur so kann man ehrliche Politik machen. Aber wir müssen uns schon ein wenig an der Nase nehmen, und da meine ich alle Fraktionen hier in dem Raum, dass vor 15 oder 17 Jahren, wie diese Raucherdebatte ins Rollen gekommen ist, schwerwiegende Fehler passiert sind und wie wir wissen, haben Gastronomen, damit sie sich schützen und dem Nichtraucher das geben, was er braucht und dem Raucher das geben, was er braucht, Investitionen getätigt, die bei manchen schon ganz schön ins Gewicht gefallen sind, Einige noch nicht abgeschrieben haben und manche gar nicht mehr abschreiben können, nachdem 2018 wieder alles rückgängig gemacht worden ist, was jetzt mit 1. November wieder in Kraft tritt. Eigentlich, wer sich noch auskennt, was man darf und was man nicht darf, rauchen darf man nicht mehr ab 1. November und viele verärgerte Wirtschaftstreibende bleiben zurück und auch einige verärgerte Gastrokonsumenten. Eine davon bin ich. Dennoch, wie bekannt ist, hat die ÖVP dahingehend einen eigenen Zugang, wobei ich schon auch vorausschicken möchte, Eigenverantwortung ist, wie das Wort schon heißt, selbst zu betreiben und kann es sich aussuchen und konnte sich es ja immer schon aussuchen, gehe ich in ein Restaurant, wo geraucht werden darf, oder gehe ich in ein Restaurant, wo nicht geraucht wird und irgendwie sind auch die Raucher mit den Nichtrauchern dennoch zusammengekommen und selbst wenn Raucher vor die Türe gegangen sind, stehen die Nichtraucher auch vom Tisch auf und begleiten die Raucher vor die Tür und der Tisch ist inzwischen im Gasthaus oder im Restaurant leer. Also absurder geht es ja eigentlich gar nicht mehr in dieser Thematik. Der ÖVP ist dennoch etwas wichtig, wenn wir etwas ändern können: Und zwar ist es wichtig, dass, wenn zukünftig ich vor der Türe stehe und vielleicht mit zwei anderen beim Zigarettler laut lache und das nach 23 Uhr, dass die gute Dame oder der Herr dann im ersten oder zweiten Stock sich belästigt fühlt, weil man nicht schlafen kann, dann wird der Michi Schunko vielleicht in dem Fall abgestraft, weil ich laut lache

draußen. Das gilt es zu regeln und zwar in der Gewerbeordnung. Es gilt auch zu regeln, dass getätigte Investitionen zum Nichtraucherschutz entweder in einem anderen Maßnahmenpaket den Gastronomen wieder gutgeschrieben werden oder dass man ihnen eine andere Abschreibungslösung anbieten kann. Zum Abschluss darf ich nur vorausschicken, dass eine private Initiative von Nachtlokalbesitzern an den Verfassungsgerichtshof eine Klage eingebracht hat und da würde ich jetzt einfach einmal abwarten, was da herauskommt. Wir werden selbstverständlich, wie ich jetzt schon angekündigt habe, an ein paar Punkten dran bleiben und warten aber ab, was in Wien passiert und mit wem wir das dann verhandeln können. Dankeschön. Von daher ist es jetzt nicht dringlich für uns und noch einmal ganz abschließend, ich wiederhole mich, wir haben keinen Koalitionsbruch, es gibt Partnerschaften, wenn man in einem Thema nicht gemeinsamer Meinung ist, hat man sich nachher trotzdem lieb, wenn es auf Augenhöhe passiert. In diesem Sinne dankeschön.

**Sippel:**

Wir werden dann auf ein Zigarettlerl gehen, das ist kein Problem. Der Irrtum ist, so glaube ich, schon, es geht hier jetzt nicht darum, darüber zu diskutieren, ob Rauchen schädlich ist oder nicht. Es geht jetzt sogar nicht einmal darum, ob man noch über dieses Nichtraucherschutzgesetz debattieren kann, sondern es geht um die Frage der Ausnahmeregelungen. Ausnahmeregelungen um Existenzen zu sichern, Ausnahmeregelungen, um die Anrainer zu schützen, das sind unsere Motivlagen und ich glaube, dringlich wird das sein und zwar ab 1. November. Ich weiß nicht genau, wann die Novembersitzung ist, wir werden uns mit dem Thema zwangsläufig auseinandersetzen haben und da wird es Beschwerden hageln und da ist die Exekutive auch, die nicht so richtig weiß, wie sie hier verfahren soll. Da geht es natürlich auch um diese rechtlichen Fragen, um die Haftungsfrage, inwieweit sind die Wirte verantwortlich, es geht auch um die Rückgabe von Investitionen, die ja vor einigen Jahren getätigt werden mussten von den Gastwirten und das sind die Fragen.

Ich kann nur sagen, die Frau Wutte, jetzt ist sie gegangen, wahrscheinlich wollte sie diese fünf Minuten nicht mehr dableiben, um die Antwort abzuwarten. Sie hat keine Ahnung von dem Geschäft. Ich bin nicht nur in der Gastronomie, auch in der Nachtgastronomie unterwegs, ich unterhalte mich auch mit Gastronomen und die werden dann auch sagen, wie es wirklich läuft. Es gibt ja selbstverständlich auch eine Freiwilligkeit, wenn es um Mitarbeit geht. Da wird niemand gezwungen zu arbeiten. Da geht es darum, ob jemand freiwillig Dienst ab 21 Uhr im Lokal versehen will. So zu tun, als ob das ein Zwang wäre, dass die an den Haaren hinter die Theke geschleppt werden und dann gezwungen werden, da zu arbeiten, das ist ja nicht so. Bleiben wir hier bitte bei der Realität. Wenn man immer nur in Bobo-Lokalen oder in Stadtteilzentren ist, dann ist klar, dass man keine Ahnung von der Realität hat. Das ist ein dringendes Problem und dringlich ist es, es wird heute nicht als dringlich erkannt, aber wir werden uns ab 1. November mit dieser Sachlage auseinandersetzen müssen, auch im Gemeinderat.

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Neos) abgelehnt.***

**10.5 Wahlkampfkostenobergrenze Gemeinderatswahl Stadt Graz  
(GR<sup>in</sup> Ribo, MA, Grüne)**

**Ribo:**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. In meinem heutigen Antrag geht es um ein uns allen sehr bekanntes Thema bzw. um ein Thema, das hier im Gemeinderat schon öfters diskutiert wurde, auch sehr emotional zum Teil, es geht um die Wahlkampfkostenobergrenze für die Gemeinderatswahl der Stadt Graz. Nun ist es so, es hat sich in den letzten Tagen, Wochen, Monaten einiges in diesem Bereich getan. Auf Bundesebene haben wir ja bereits seit dem 2012 das Parteiförderungsgesetz und da gibt es eben diese Wahlkampfobergrenze von 7 Mio. Euro. Es wurden mit der letzten Novelle vor dem Sommer noch Strafbestimmungen eingeführt was gut und notwendig war. Nun überraschenderweise hat sich da wirklich, vor allem auf der Landesebene, einiges dazu getan. Sehr aktuelle Entwicklungen. Der Steiermärkische Landtag hat eben eine Wahlkampfobergrenze eingeführt von 1 Mio. Euro und ich betone noch einmal, das war ein einstimmiger Beschluss im Landtag. Auch die Details zu diesem neuen Gesetz, was jetzt als Wahlwerbungskosten angesehen wird bzw. welche Kontrollmöglichkeiten der Landesrechnungshof bekommt, wurden schon ausverhandelt und auch dieser Beschluss wurde einstimmig eingenommen. Das heißt, das Gesetz mit der Wahlkampfkostenbeschränkung wird rechtzeitig für die kommende Landtagswahl am 24. November in Kraft treten. Diese erfreulichen Entwicklungen sind auch der Anlass dafür, dass ich das jetzt wieder hier im Gemeinderat zum Thema mache, weil es eben nach dem Bund und dem Land endlich auch Zeit wäre, dass die Stadt Graz in diese Richtung, in die richtige Richtung geht bzw. dass auch wir, und da hoffe ich auf alle Parteien, dass auch wir eine Wahlkampfobergrenze einführen. Wir reden da von 500.000 Euro. Die Beschränkung hat mehrere Vorteile. In erster Linie natürlich ein sparsamer Umgang mit unserem Steuergeld, zweitens weniger Plakate für die Grazerinnen und Grazer. Ich glaube, die würden sich auch darüber freuen. Damit eben eine Wahlkampfobergrenze auch wirkt,

braucht es dementsprechende Sanktionsmöglichkeiten und Kontrollmechanismen. Diese sind dann so auszugestalten und sollten natürlich unter Einbeziehung aller vertretenen Parteien hier in den nächsten Monaten diskutiert und erarbeitet werden und wir sollen uns, wenn möglich, an dem Rahmen bzw. an dem Landesgesetz orientieren. Die nächste Gemeinderatswahl, wir befinden uns jetzt gerade in der Mitte der Periode, das heißt, die nächsten Wahlen sind voraussichtlich, wenn alles gut geht, wenn die Koalition hält, in zweieinhalb Jahren. Das bedeutet, es ist ein günstiger Zeitpunkt. Wir haben genug Zeit, um über diese Dinge genau zu diskutieren und es so auszuarbeiten, dass es im Landesgesetz auch verankert werden kann. Deshalb stelle ich im Namen der Grünen folgenden

**dringlichen Antrag:**

- 1) Der Gemeinderat bekennt sich zu einer Beschränkung der Wahlkampfkosten für Gemeinderatswahlen auf max. 500.000 € pro wahlwerbende Partei.
- 2) Die Präsidialabteilung wird beauftragt, eine entsprechende Petition für eine landesgesetzliche Verankerung einer Wahlkampfkostenbeschränkung für die Grazer Gemeinderatswahlen auszuarbeiten. Bei der Erarbeitung sind sowohl Stadtrechnungshof als auch die im Gemeinderat vertretenen Parteien einzubinden. In der Petition sind neben einem Limit für Wahlkampfkosten in der Höhe von 500.000 € pro wahlwerbender Partei auch Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung sowie Kontrollmöglichkeiten, angelehnt an die landesgesetzlichen Regelungen, vorzusehen.
- 3) Der Petitionstext ist dem Gemeinderat bis Dezember 2019 zur Beschlussfassung vorzulegen und danach an den Landesgesetzgeber in seiner neuen Gesetzgebungsperiode zu übermitteln.

Ich bitte um breite Annahme.

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Im Jahr 2012 wurde für bundesweite Wahlen eine Beschränkung der Wahlkampfkosten auf maximal 7 Mio. € pro wahlwerbende Partei beschlossen. Im Juli heurigen Jahres wurden mit einer Novelle des Parteienförderungsgesetzes schärfere Strafbestimmungen bei Verstoß gegen diese Bestimmung eingeführt. Künftig sind, je nach Höhe der Überschreitung, 15 bis 150% des Überschreibungsbetrages als Strafe zu zahlen.*

*Auch der Steiermärkische Landtag hat ganz aktuell eine Wahlkampfkostenobergrenze eingeführt. In einer Sondersitzung am 5. September fiel der einstimmige Beschluss, dass eine wahlwerbende Partei maximal 1 Mio. € für den Wahlkampf ausgeben darf. Die detaillierten Regelungen zur Definition von Wahlwerbungsausgaben, Kontrollmöglichkeiten des Landesrechnungshofes und Strafen bei Überschreitungen wurden in der Landtagssitzung am 17. September ebenfalls einstimmig beschlossen. Das Gesetz zur Wahlkampfkostenbeschränkung wird rechtzeitig für die kommende Landtagswahl am 24. November in Kraft treten.*

*Bund und Land haben also Grenzen für die Ausgaben in Wahlkämpfen eingeführt und es spricht vieles, ja alles dafür, dass Graz den guten Beispielen folgt und ebenfalls eine Wahlkampfobergrenze einführt, die bei 500.000 € liegen soll. Eine Beschränkung der Wahlkampfkosten macht aus mehreren Überlegungen heraus Sinn. Die Verpflichtung der Parteien, ihre Ausgaben in Wahlkämpfen zu begrenzen, führt zu einem sorgsameren Umgang mit Steuergeld und erspart den Grazerinnen und Grazern, mit Plakaten und sonstiger Wahlwerbung überflutet und dauerberieselt zu werden. Damit eine Wahlkampfkostenobergrenze wirkt, braucht es natürlich auch entsprechende Sanktionsmöglichkeiten und Kontrollmechanismen. Wie diese auszugestalten sind, sollte unter Einbeziehung der im Gemeinderat vertretenen Parteien in den nächsten Monaten diskutiert und erarbeitet werden. Als Rahmen, an dem sich die Bestimmungen orientieren, wird wohl sinnvollerweise das neue Landesgesetz dienen.*

*Die nächste Gemeinderatswahl wird voraussichtlich in 2 ½ Jahren stattfinden. Das bedeutet, dass jetzt ein günstiger Zeitpunkt ist, um Bestimmungen für eine Wahlkampfkostenobergrenze für Graz sorgfältig zu diskutieren, auszuarbeiten und im entsprechenden Landesgesetz zu verankern.*

*Deshalb stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden*

***dringlichen Antrag:***

*Der Gemeinderat möge beschließen:*

- 1) Der Gemeinderat bekennt sich zu einer Beschränkung der Wahlkampfkosten für Gemeinderatswahlen auf max. 500.000 € pro wahlwerbende Partei.*
- 2) Die Präsidialabteilung wird beauftragt, eine entsprechende Petition für eine landesgesetzliche Verankerung einer Wahlkampfkostenbeschränkung für die Grazer Gemeinderatswahlen auszuarbeiten. Bei der Erarbeitung sind sowohl Stadtrechnungshof als auch die im Gemeinderat vertretenen Parteien einzubinden. In der Petition sind neben einem Limit für Wahlkampfkosten in der Höhe von 500.000 € pro wahlwerbender Partei auch Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung sowie Kontrollmöglichkeiten, angelehnt an die landesgesetzlichen Regelungen, vorzusehen.*
- 3) Der Petitionstext ist dem Gemeinderat bis Dezember 2019 zur Beschlussfassung vorzulegen und danach an den Landesgesetzgeber in seiner neuen Gesetzgebungsperiode zu übermitteln.*

**GR. Mag Sippel:**

Ich danke den Grünen für diesen dringlichen Antrag, der wieder auch ein Stück weit Transparenz in sich trägt. Er macht nämlich transparent, um was es euch geht. Es geht,

und da bin ich beim Kurt Egger, um billige Punkte vor der Nationalratswahl, vor der Landtagswahl. Es gibt keine Eile, dass man jetzt in einem Schnellschussverfahren hier in Graz eine Wahlkampfkostenobergrenze beschließt. Warten wir einmal die Erfahrungen ab, die jetzt gemacht werden. Wir haben das im Nationalrat, wir haben das jetzt vor allem auch im Landtag, da werden wir genau hinschauen und dann können wir immer noch in den nächsten zwei Jahren uns zusammensetzen auf Klubobleute-Ebene und hier auch eine Grenze definieren. Das ist überhaupt kein Problem. Ich hätte dann halt nur auch gerne Dinge drinnen wie eine Valorisierung, ja selbstverständlich, weil wir reden da von Zeitrahmen von jeweils fünf Jahren von Wahl zu Wahl. In fünf Jahren können wir von fast 10 % Wertverlust sprechen. Bei 10 Jahren sind das 15 bis 20 %. Nach 10 Jahren sind 500.000 Euro nicht mehr 500.000 Euro wert. Das heißt, über diese Dinge sollte man sprechen und da brauchen wir in keinem Fall einen Schnellschuss, und auch diese 500.000. Wie kommt man auf diese Summe? Ich verstehe es nicht. Für uns, wir haben nie mehr als 500.000 Euro in den letzten Jahren bei Wahlen in Graz ausgegeben. Ich hätte trotzdem gerne den Sinn dieser Summe gewusst und über das gehört debattiert, auch mit allen Fraktionen. Ihr legt da eine Summe auf den Tisch, einfach schnell aus der Hüfte heraus, das ist zuwenig. Ich glaube, diese Debatte gehört geführt und natürlich gibt es hier auch Verlierer. Ich will jetzt nicht damit sagen, dass man nicht solche Obergrenzen einführen soll, aber es gibt natürlich auch Verlierer. Die Medien, kaum mehr oder nur wenige Inserate, das ist die Werbewirtschaft...

*Zwischenruf: Ohhh!*

**Sippel:**

Nein, das muss man schon auch sagen, vor allem den Medien sagen. Nichtsdestotrotz ist es gut, damit eine gewisse Fairness auch vorhanden ist, dass auch eine

Chancengleichheit und keine Wettbewerbsverzerrung da ist, Stichwort Spendenaffäre, dass da alle ungefähr mit gleichen Mitteln auch zur Wahl antreten können. Karl Dreisiebner, weil du da auch so herumhüpfst. Bei euch werden die Wahlkämpfe in Zukunft eh ein bisschen billiger werden. Weil ihr spart euch in Zukunft die Plakate, wo oben steht: „Saubere Politik“. Spätestens nach der Affäre in Wien MA 21 Flächenwidmungskorruptionsskandal rund um Chorherr, also diese Plakate könnt ihr euch in Zukunft sparen. Saubere Politik bitte überkleben, bitte am besten noch heute in der Nacht, das wäre ein guter Beitrag, um da wirklich auch Transparenz zu leben.

**GR. Schimautz:**

Lieber Bürgermeisterstellvertreter Mario Eustacchio, hast du vor, in nächste Zeit Neuwahlen auszurufen?

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Definitiv nein.*

**Schimautz:** Frau Klubobfrau Daniela Gmeinbauer, ist dir bekannt, dass der Bürgermeister Neuwahlen in nächster Zeit haben möchte?

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer**: Nein.*

*Zwischenruf GR. **Haßler**: Das ist ja wie im Gericht, die Fragestellung.*

**Schimautz:**

Dann urteile ich (*lautes Lachen*). Wir haben in der Stadt Graz eine Koalition mit zwei Partnern, der FPÖ und der ÖVP. Die haben die Mehrheit im Gemeinderat. Ich fasse zusammen, wird euch vielleicht bei den Abstimmungsergebnissen heute schon aufgefallen sein, ich fasse zusammen, beide wollen nicht neu wählen.

Dementsprechend, und ich habe es Letztens schon gesagt, bei den Grünen, ich möchte euch mit mehr Liebe entgegenkommen, euch mit Liebe erdrücken, dementsprechend habe ich lange darüber nachgedacht, ob ich irgendwie ansatzweise irgendetwas entdecken kann, um euch da entgegenzukommen und eine Dringlichkeit herausleiten kann, aber es tut mir leid, ich habe es nicht geschafft. Ich werde mich weiterhin bemühen, aber in diesem Fall können wir der Dringlichkeit nicht nachkommen, da die Periode noch zweieinhalb Jahre dauern wird. Danke.

**GR. Mag. Haßler:**

Wenn ich heute der Gemeinderatssitzung hier aufmerksam folge und jetzt wieder dem nächsten Auftritt, ich habe mir auch einen kleinen Auftritt geleistet mit dem Armin und Ibiza, war eigentlich spaßig gemeint. Aber ich glaube schon, dass der eine oder andere vielleicht im Urlaub doch den Suchtmittelkonsum ein wenig übertrieben hat, wenn ich hier jetzt dem Ganzen folge, denn sonst kann ich mir die einzelnen Auftritte manchmal nicht erklären. Zum Armin möchte ich sagen, dein Landesparteivorsitzender hat vor kurzem öffentlich kundgetan, dass er schon seit 2015 fordert diese Begrenzung, dass er jetzt froh ist, dass es kommt. Dass es ihm vor allem um die Steuerzahler geht. Aber dass es dir um die Medien und um die Werbewirtschaft geht, ist eine neue Information. Ich habe gedacht, die ÖVP denkt an den Steuerzahler, von dir habe ich jetzt gehört, dass lediglich die Werbewirtschaft deine Sorgenkinder sind, das nehme ich so zur Kenntnis. Inhaltlich muss ich dir oder kann ich dir teilweise folgen. Natürlich könnte man andere Grenzen wählen. Ich sage, auch 500.000 Euro ist für mich eigentlich zu hoch gegriffen, weil das Bundesland Kärnten hat 590.000 Euro für das

ganze Bundesland gehabt, die Vorarlberger haben 2 € pro Wahlberechtigtem beispielsweise als Wahlkampfkostenobergrenze eingeführt. Ich muss schon sagen, es ist nie ein falscher Zeitpunkt, um über dieses Thema nachzudenken. Man kann über Höhen diskutieren, aber hier zu sagen, wir haben keine Neuwahlen vor und dann eine Woche vor der Neuwahl bereden wir das Thema, das wird es nicht sein. Deshalb werden wir jetzt der Dringlichkeit zustimmen, auch dem Inhalt, der wird eh abgelehnt werden. Ich möchte schon anmerken, da sollten wir gleich beginnen unter den Klubobleuten, darüber zu diskutieren und möglichst rasch dann eine Lösung finden, mit der wir alle leben können.

**GR. Eber:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es wird ja nicht überraschen, dass die KPÖ natürlich diesem Antrag die Zustimmung natürlich gerne geben wird. Wir stehen ja auch da als Unterstützer. Ich glaube einfach, liebe Bedrana, dass es manches Mal so ist, dass die Mühlen sehr langsam mahlen und dass man einen sehr langen Atem braucht. Das war auf Bundesebene so, wo, wie du eh richtig gesagt und geschrieben hast, 2012 eine derartige Regelung eingeführt worden ist, das war auf Landesebene so, da kann ich mich erinnern. Der erste Antrag, an den ich mich erinnern kann, war im Mai 2009, also auch schon vor einiger Zeit, bis es dann vor kurzem zu diesem gemeinsamen einstimmigen Beschluss, fast überraschenderweise, gekommen ist. Es hat ja im Grazer Gemeinderat schon Anträge diesbezüglich gegeben, zuletzt, glaube ich, vom Kollegen Wohlfahrt 2016, wo der Antrag eben leider auch abgelehnt wurde mit den Stimmen der Mehrheitsfraktionen, sage ich jetzt einmal, gegen die Stimmen der Grünen, der KPÖ und damals des Piraten. Ich glaube auch, dass jetzt eigentlich der richtige Zeitpunkt ist, so eine Diskussion in Gang zu bringen und in Gang zu setzen. Wir können auch darüber reden, ob es 500.000 sind, oder wie der Kollege Haßler angemerkt hat, dass wir uns hier auch andere Beträge suchen können, wichtig halte ich das eben, dass man das jetzt macht, denn wenn wir später kommen mit so

einem derartigen Antrag, dann heißt es, nein, jetzt ist es wieder zu spät. Das kann natürlich auch passieren. Von da her sehen wir jetzt zwar, dass dieser Antrag auch heute keine Mehrheit bekommen wird, aber ich glaube dennoch, dass es notwendig ist, diese Diskussion auf welcher Ebene auch immer jedenfalls zu beginnen. Danke.

**Ribo:**

Danke den Fraktionen, die eben Zustimmung signalisiert haben. Ein paar Dinge habe ich mir natürlich aufgeschrieben und möchte auch auf die eingehen. Lieber Markus Schimautz, die Liebe der ÖVP und FPÖ war auf Bundesebene noch größer. Wir wissen, es hat ein 7-Minütiges Video benötigt und sie war weg. Da wäre ich sehr vorsichtig an deiner Stelle. Auch zu dem Betrag 500.000 möchte ich kurz eingehen. Wir sind sicher die Letzten, mit denen man darüber nicht sprechen kann. Es ist ein Vorschlag, deswegen haben wir auch gesagt, wir sollten uns zusammensetzen mit allen Parteien natürlich und über die Details diskutieren, aber wenn nicht einmal hier der Wille ist, dann liegt es sicherlich nicht an uns. FPÖ, ja die Partei des kleinen Mannes oder, wie ich sie nenne, die Partei, die das eine sagt und das andere macht. Ist auch so, auf der einen Seite bei euch, ihr schafft es wirklich, zu einem Thema zwei verschiedene Meinungen zu haben und es hängt ja immer davon ab, wo ihr euch gerade befindet. In der Oppositionspolitik auf Landesebene, da seids ihr total Feuer und Flamme für die Wahlkampfkostenobergrenze. Auf der Stadtebene natürlich in der Koalition da ist nichts damit. Das ist einmal das eine. Das Zweite ist wirklich, wenn du, Armin Sippel, von sauberer Politik redest, mein Rat an euch ist wirklich, für die nächsten 100 Jahre dieses Wort nie wieder in den Mund zu nehmen. Saubere Politik und FPÖ, wirklich für die nächsten 100 Jahre. Ihr tut euch damit nichts Gutes.

*Zwischenruf GR. Mag. **Sippel**: Schau nach Wien, ein Skandal der Sonderklasse.*

**Ribo:**

ÖVP und der ewige Kampf gegen Kontrolle und Transparenz habe ich mir da aufgeschrieben. Ihr habt da nichts zu verbergen. Ja, ich weiß, ihr habt nichts zu verbergen, aber ihr lasst euch trotzdem nicht in die Kassen schauen. Erfinderisch seid ihr schon, wenn ich mir denke, irgendwie das darf man euch nicht ganz ...

*Zwischenruf GR. **Frölich:** Ein Erzählkunstfestival ist das, Märchenstunde.*

**Ribo:**

Herr Gemeinderat Frölich, darf ich? Ich lass Sie auch wieder. Also was erfinderisch angeht, da muss man euch das schon lassen. Z.B. doppelte Buchhaltung, da seids ihr weit drüber, ihr habt schon die vierfache und sechsfache erfunden. Da seid ihr sehr wählerisch, was in den Bereich geht. Ich weiß, ihr spielt im Bereich von 500.000, das ist nicht eure Liga, ihr habt da natürlich mehr, ihr seid's in der Millionenliga, aber trotzdem wäre es ein Anfang für euch.

*Zwischenruf GR. **Pogner:** Gar nicht!*

**Ribo:**

Zeitpunkt war auch kurz ein Thema. Ihr habt gemeint, der Kollege Eber hat das eh gesagt, jetzt ist der Zeitpunkt zu früh. Ich habe hier schon mehrmals diesen Antrag gestellt. Es war euch entweder zu früh oder zu spät, oder es hat gerade nicht gepasst. Jetzt möchte ich bitte, dass es auch protokolliert wird. Wann genau passt es euch?

*Zwischenruf GR. **Pogner**: Bitte keine Suggestivfragen!*

**Ribo:**

Es liegt nicht an uns, sagt es uns einfach, wann passt es euch, dass ich diesen Antrag einbringe und das mache ich. Das ist für mich überhaupt kein Problem. In einem Jahr, in einem halben Jahr, aber ...

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ich bitte Sie, langsam zum Ende zu kommen.

**Ribo:**

Ja, ich bin schon sehr oft unterbrochen worden. Aber seid wenigstens so ehrlich und sagt's, wenn es euch überhaupt nie passt. Das schuldet ihr euch wirklich selbst. Denn anders kann ich es mir nicht erklären.

*Zwischenruf GR. **Frölich**: Ihr seid keinem Wähler etwas schuldig, ihr habt keine!*

**Ribo:**

Entweder sagt ihr mir jetzt einen Termin, bitte ÖVP, nennt mir einen Termin, wann es euch passt und wir bringen den Antrag ein. Das ist überhaupt kein Thema.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: So, Frau Kollegin, sie sind schon über eine Minute drüber, aus jetzt!

**Ribo:**

Aber euch passt es ja nie. Das ist ja das Traurige.

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Es gab eine Absprache und eine Abstimmung unter den einzelnen Parteien, wo der Vorschlag erörtert wurde, dass die nächsten zwei dringlichen Anträge und der letzte, also von der Kollegin Pavlovec-Meixner, Gemeinderätin Robosch und Gemeinderat Swatek zusammengelegt werden, weil sie thematisch zusammenpassen. Jetzt gibt es unterschiedliche Auffassungen offensichtlich.

GR. Mag. **Haßler** zur Geschäftsordnung:

Ich darf anmerken, dass wir in dem Gespräch, Herr Vizebürgermeister, ich bitte um etwas Aufmerksamkeit...

*Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:** Sie haben meine volle Aufmerksamkeit.*

**Haßler:** Ich darf darauf aufmerksam machen, dass wir in dem Gespräch, wo es um die Zusammenlegung gegangen ist, deutlich gemacht haben, dass es beim Antrag der Kollegin Robosch nicht um die Baumsituation geht, sondern um Fußgängerzonen, und ich glaube nicht, dass man dieses Thema Baumpflanzung und Fußgängerzonen

zusammenlegen sollte, denn sonst kann man eh gleich alles zusammenlegen. Ich würde schon bitten, von mir aus die zwei Baumthemen zusammenzulegen. Nur weil ein Baum erwähnt wird, ist es noch lange kein Baumantrag.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Wir machen es kurz und schmerzlos, wenn ihr einverstanden seid, dann wird der Antrag von Frau Gemeinderätin Pavlovec-Meixner und Gemeinderat Swatek zusammengelegt. Wer dafür ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

***Der Antrag wurde mit einer Gegenstimme (GR. Dreisiebner) angenommen.***

#### **10.6 Stadtbäume in Gefahr!**

**(GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Pavlovec-Meixner, Grüne)**

**Pavlovec-Meixner:**

Vielen Dank, genauso war es meiner Meinung nach auch besprochen, dass diese beiden dringlichen Anträge zusammengelegt werden. Liebe Gäste auf der Galerie, hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. In meinem dringlichen Antrag geht es um das Thema Stadtbäume. Ich bin jetzt seit 2008, also schon verdammt lange, Gemeinderätin und ich muss sagen, dass der letzte Sommer einerseits der schönste Sommer war in meiner politischen Tätigkeit, weil ich erkennen konnte, dass meine Kolleginnen und Kollegen aus der ÖVP, aus der FPÖ, von den Neos plötzlich die Bäume entdeckt haben und es plötzlich so zu sein scheint, dass es ganz wichtig ist, dass in der Stadt Bäume gepflanzt werden, das freut mich natürlich extrem und enorm. Auf der anderen Seite habe ich aber auch gesehen, wie schlecht es unseren Bäumen geht in

der Stadt; wenn man etwas schaut, sieht man, dass es viele vertrocknete Bäume gibt entlang der Straßen. Dass es viele Wünsche gibt seitens der Bevölkerung, dass man einfach etwas tut für die Bäume, dass man sie gießt, was manche dann in Eigeninitiative einfach gemacht haben. Tatsache ist, wir haben 22.000 Stadtbäume auf öffentlichen Flächen und auf Privatgrundstücken in Graz und noch viel mehr. Wir sehen, dass durch die veränderten Umweltbedingungen, durch den Klimawandel, durch die Trockenheit die Stadt immer stärker zum Stressstandort für diese Bäume wird und auf der anderen Seite diese Bäume für uns eine lebenswichtige Funktion haben, ganz viel Sauerstoff produzieren, die Umgebung kühlen, CO<sub>2</sub> binden, für Beschattung sorgen, Lärm mindernd sind, windmindernd sind und nicht zuletzt auch einen sehr wichtigen Lebensraum für viele Tiere bieten. Anfang Juli hat die ETH Zürich eine sehr interessante Studie veröffentlicht, ich hoffe, dass die viele von euch gesehen haben. Da wurde ausgerechnet, welchen großen Einfluss Bäume in unserem Kampf gegen den Klimawandel haben können. Haben genau berechnet, an welchen Orten in der Welt das wichtig wäre, dass man ganz viele Bäume pflanzt. Leider sehen wir, dass das Gegenteil der Fall ist. Am Amazonas brennt der Wald, in Sibirien brennt der Wald, alles Orte, wo Bäume eben besonders wichtig sind als unsere grüne Lunge. In Graz sehe ich grundsätzlich drei Herausforderungen. Das ist einerseits der Erhalt der bestehenden großen Bäume, weil die natürlich sehr viel mehr für uns bringen als neu gepflanzte kleine Bäume, andererseits die Pflege, die sich sicher intensivieren muss durch die Herausforderungen durch den Klimawandel und drittens die Suche nach neuen Standorten für Bäume und die vom Herrn Bürgermeister angekündigten 1.500 Bäume. Ich gehe davon aus, dass das neue Baumstandorte sind, das ist eine ziemliche Herausforderung aus meinen Erfahrungen der letzten Jahre. Es hat sich auch in Europa in den letzten Jahren eine Initiative gebildet, die heißt European City of the Trees und es sind Städte, und dazu gehören namhafte Städte wie Amsterdam, Frankfurt und auch weniger bekannte vielleicht, Winterthur, Trnava, Appeldorn und aktuell die Stadt Moskau haben sich intensiv mit dem Thema beschäftigt und ganz neue Methoden angewandt, um die Situation zu verbessern. So findet in Moskau z.B. ein Prozess statt...

*Zwischenruf GR. Piffli-Percevic: Da gibt es mehrere Prozesse in Moskau!*

**Pavlovec-Meixner:** ... wo ein Masterplan entwickelt wird, wie man die Straßenprofile so verändern kann, dass es möglich ist, Bäume zu pflanzen. Mein Vorschlag ist daher, und den habe ich auch mit den zuständigen Abteilungen der Stadt teilweise abgesprochen, eine Stadtbaumkonferenz in Graz einzuberufen, wo man sich einerseits internationale ExpertInnen und Experten holt, um vielleicht noch zusätzliches Know-how zu dem vielen, das wir in Graz schon haben, zu bekommen und andererseits aber auch die Bevölkerung einbindet, weil ich glaube, dass diese Bewusstseinsbildung extrem wichtig ist. Ein weiteres Thema ist Baumschutz auf Baustellen, das habe ich eh in meinem dringlichen Antrag geschrieben und ich habe auch aufgezählt, dass wirklich bereits vieles passiert ist in der Stadt, es ein größeres Bewusstsein gibt, dass die personelle Ausstattung verbessert wurde, dass wir einen Online-Baumkataster haben, dass wir das Stockholm-System haben usw., aber einiges eben noch offen ist und wir wirklich vor einer riesigen Herausforderung stehen. Diese Herausforderung heißt Klimawandel. Deshalb stelle ich seitens der Grünen ALG folgenden

**dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

1. Die Stadt Graz bekennt sich zur Notwendigkeit von verstärktem Baumschutz, Intensivierung der Pflege der Stadtbäume und einer Baumpflanzungs-Offensive auf neuen Baum-Standorten.
2. Die Abteilung für Grünraum und Gewässer wird in Abstimmung mit dem Naturschutzreferat und der Holding Graz ersucht, im Sinne des Motiventextes ein Konzept für eine öffentliche Stadtbaum-Konferenz unter Einbindung internationaler ExpertInnen sowie interessierter Grazer BürgerInnen bis November 2019 zu erstellen.

3. Die Abteilung für Grünraum und Gewässer wird ersucht, gemeinsam mit der Holding Graz die Möglichkeit der Bereitstellung einer Baumschutz-Hotline im Sinne des Motiventextes zu prüfen.

Ich bitte um Annahme.

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Rund 22.000 Stadtbäume befinden sich derzeit auf öffentlichen Flächen der Stadt Graz. Eine noch weit größere Anzahl an Bäumen steht auf Privatgrundstücken und fällt unter die Baumschutz-Verordnung der Stadt. Durch sich verändernde Umweltbedingungen und den Klimawandel sind unsere Stadtbäume immer größer werdenden Belastungen ausgesetzt. Der städtische Raum wird zum Stress-Standort, so auch in Graz. Lange Trockenperioden, unzureichender Platz durch Versiegelung bzw. zu kleine Baumscheiben und die intensive Streuung in den Wintermonaten setzen dem städtischen Grün zu und führen dazu, dass immer weniger Bäume den öffentlichen Raum schmücken. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass dieser Entwicklung in Graz zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Anzahl gesunder Bäume in unserer Stadt unmittelbar ausschlaggebend für unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden ist. Umso erfreulicher ist es, dass sich in Graz nunmehr eine breite Koalition mit dem Thema Stadtbäume auseinandersetzt und für mehr Baumschutz und Neupflanzungen eintritt!*

**Lebenswichtige Funktionen von Bäumen:**

*Stadtbäume haben mit Zunahme der Verbauung und mit Zunahme der Emissionen durch den Autoverkehr in den letzten Jahrzehnten lebenswichtige Funktionen für uns übernommen. Ein gesunder alter Baum filtert pro Jahr bis zu 100 kg Staub und Schadstoffe aus der Luft, verdunstet pro Tag bis zu 500 Liter Wasser und leistet damit die Kühlleistung von 10 bis 15 Klimaanlage, vermindert das Aufheizen des Bodens durch Beschattung, wirkt lärm- und windmindernd, produziert pro Tag*

*Sauerstoffmengen für 10 bis 20 Menschen (das sind ca. 20.000 l Sauerstoff täglich), bietet Nistplätze, Nahrung, Lebensraum und Schutz für die unterschiedlichsten Tiere und hebt nachweislich durch seine Ästhetik das Wohlbefinden der Menschen.*

*Eine Anfang Juli veröffentlichte Studie der ETH Zürich hat aufgezeigt, welchen großen Einfluss Bäume weltweit bei der Eindämmung des Klimawandels haben könnten, wenn ausreichend neue gepflanzt würden.*

*In Graz sehen wir uns drei Herausforderungen gegenüber: dem Erhalt der bestehenden großen Bäume, der Suche nach Standorten für neue Baumpflanzungen und der Pflege mit den durch den Klimawandel bedingten steigenden Anforderungen! Der Klimawandel hat erhebliche Konsequenzen! Gerade der hinter uns liegende heiße Sommer hat gezeigt, wie unsere Stadtbäume leiden und vertrocknen. Viele von ihnen konnten nicht ausreichend bewässert werden bzw. kommen manche Stadtbaum-Arten eher mit dem Klimawandel zurecht als andere. Gesucht sind in Zukunft daher vor allem Gehölzarten, die eine hohe Trockenheitsresistenz und große Temperaturtoleranz besitzen.*

### **Graz – künftige "European City of the Trees"?**

*Der "European City of the Trees"-Preis wurde vom EAC (European Arboricultural Council) ins Leben gerufen, um Baumpflege in europäischen Städten durch die Anerkennung von innovativen Projekten zu fördern, und zwar durch ein fachgerechtes Baummanagement, "best practice" und Bildung. Die Liste der "European City of the Trees" umfasst Städte wie Amsterdam, Frankfurt, Tallin, Winterthur, Trnava, Appeldorn und aktuell Moskau. Moskau erneuert seine Straßenprofile und folgt dabei einem strikten Masterplan, in dem Bäume einen wesentlichen Anteil tragen. Allen Städten ist gemeinsam, dass die Verwaltungen den Fokus auf das Thema legen und sehr stark auf Bewusstseinsbildung setzen.*

**Stadtbaum-Konferenz:**

*Eine stärkere Durchgrünung der Stadt durch Neupflanzungen sollte auch unser erklärtes Ziel sein. Das Thema Stadtbäume ist endgültig im Bewusstsein der Bevölkerung angekommen, BürgerInnen senden ihre Ideen für Neupflanzungen ein. Auch die MitarbeiterInnen von Stadt und Holding Graz beschäftigen sich schon länger mit den Herausforderungen des Klimawandels. Eine international besetzte öffentlich zugängliche „Stadtbaum-Konferenz“ unter Einbindung von VertreterInnen der „European Cities of the Trees“ und des European Arboricultural Council in Graz böte die Möglichkeit, sich internationale Beispiele anzusehen und weiteres Know-how zu erwerben. Gleichzeitig würde die Bevölkerung weiter für das Thema sensibilisiert werden und auch mehr über die Schwierigkeiten von Stadtbaum-Pflanzungen erfahren.*

**Baumschutz auf Baustellen:**

*Die von der Stadt Graz am 17.11.2016 einstimmig beschlossene Petition an das Land Steiermark zur Änderung des Baugesetzes, damit „vor allem der Schutz bestehender Bäume bei Bauprojekten gewährleistet werden soll“, wurde seitens des Landes leider abgelehnt. Angesichts der sich nun durch den Klimawandel verschärfenden Rahmenbedingungen sollte in der kommenden Legislaturperiode unbedingt ein neuer Anlauf genommen werden.*

*Einiges bereits erreicht, einiges noch offen.*

*Durch die bessere personelle Ausstattung des Baumschutzreferats, durch eine verbesserte Einbindung der Grünraumplanung bei städtischen Infrastrukturprojekten, die vermehrte Kontrolle der Einhaltung des Baumschutzes bzw. Erhöhung des Strafausmaßes bei illegalen Fällungen sowie die Online-Zugänglichkeit des städtischen Baum-Katasters und nicht zuletzt erste Versuche mit dem Stockholm-System für Neupflanzungen ist schon einiges gelungen! Aber wir stehen weiterhin vor großen Herausforderungen angesichts der fortschreitenden Auswirkungen des Klimawandels. So sind folgende Punkte ausständig: Baumschutz auf Baustellen, laufende Kontrolle der Nachpflanzungsverpflichtung nach Fällungsgenehmigungen, verstärkte*

*Unterschutzstellung von Naturdenkmälern, eine den Umwelteinflüssen entsprechende Baumpflege, Baumpflanzungen bei Straßenraum- und Platzgestaltungen als planerischer Standard, transparente Kommunikation bei notwendigen Baumfällungen, Einrichtung einer Baumschutz-Hotline, die es BürgerInnen ermöglicht, Schäden an Bäumen verbunden mit der Bitte um Pflegemaßnahmen direkt an die zuständigen MitarbeiterInnen weiterzugeben.*

*Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden*

***dringlichen Antrag:***

*Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

- 1. Die Stadt Graz bekennt sich zur Notwendigkeit von verstärktem Baumschutz, Intensivierung der Pflege der Stadtbäume und einer Baumpflanzungs-Offensive auf neuen Baum-Standorten.*
- 2. Die Abteilung für Grünraum und Gewässer wird in Abstimmung mit dem Naturschutzreferat und der Holding Graz ersucht, im Sinne des Motiventextes ein Konzept für eine öffentliche Stadtbaum-Konferenz unter Einbindung internationaler ExpertInnen sowie interessierter Grazer BürgerInnen bis November 2019 zu erstellen.*
- 3. Die Abteilung für Grünraum und Gewässer wird ersucht, gemeinsam mit der Holding Graz die Möglichkeit der Bereitstellung einer Baumschutz-Hotline im Sinne des Motiventextes zu prüfen.*

**10.7 Die Stadtallee - Begrünung der Herrengasse und Annenstraße  
(GR Swatek, Neos)**

**Swatek:**

Ich habe mich in den letzten Wochen intensiv mit Bäumen und ihren Vorteilen auseinandergesetzt. Auch einige Studien dazu gelesen, um hier mit dem Wissen aufzutrumpfen. Jetzt hat mir die Andrea das meiste Wissen bereits vorweggenommen. Aber was man lernt, bringt natürlich etwas. Wie die Andrea schon richtig ausgeführt hat, gibt es den Plan, auch 1500 Bäume zu pflanzen in Graz und ich hätte hier auch einen ganz konkreten Vorschlag, wo man damit auch beginnen könnte. Denn wir wissen, wir haben einige Flächen in der Stadt, auf denen es sehr viel Asphalt und Beton gibt, unter anderem die Herrengasse oder auch die Annenstraße und wer von euch vor allem einmal in den sonnigen Hitzetagen durch die Annenstraße gegangen ist, und zu den Leuten gehör ich, weil dort mein Büro ist und ich dort jeden Tag durchmarschiere, der wird vermutlich da oftmals auch schon verschwitzt angekommen sein und wir wissen, dass Bäume sehr viele Vorteile mit sich bringen, die Andrea hat es bereits ausgeführt, neben dem Herstellen unseres kostbaren Sauerstoffs auch die Reinigung der Luft, was in Graz ja auch immer großes Thema ist, aber auch durch Verdunstung und durch Schattenspendung für Kühle zu sorgen. Mein Vorschlag wäre es, hier an der Stelle jetzt einen Teil dieser 1500 Bäume doch in der Annenstraße zu platzieren. Zum einen, um diese auch ein wenig wiederzubeleben und auch ein wenig attraktiver zu gestalten, auch dadurch das Ortsbild zu verschönern, und zum anderen natürlich auch in der Herrengasse. Ich habe da erst vor kurzem mit einem Unternehmer sprechen dürfen, der seine Geschäftslokal genau auf der Seite hat, die tagtäglich durch die Sonne auch intensiv beschienen wird. Seit 1883 ist das Geschäft dort. Er hat gesagt, er hat die letzten 135 Jahre keine Klimaanlage benötigt, dieses Jahr war er dazu gezwungen, sich eine zu kaufen, weil die Leute leider das Geschäft sonst fast fluchtartig verlassen hätten. Das heißt, meine Idee ist es, hier die Herrengasse und die Annenstraße zu begrünen, um dort für ein besseres Mikroklima zu sorgen und dort

dafür in den Sommermonaten vor allem auch zu sorgen, dass es dort etwas kühler wird. Wir wissen ja, vor allem die Innenstadt ist sehr stark im Kampf um KundInnen und Kunden mit großen Einkaufszentren und die punkten halt einfach mit teuren, kühlen Klimaanlageanlagen. Daher stelle ich den

**dringlichen Antrag,**

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden, das Pflanzen von Bäumen zur Schaffung einer Allee in der Herrengasse und Annenstraße zu prüfen. Danke.

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Grünraum bekommt in Graz eine immer wichtigere Bedeutung. Nicht nur als Aufwertung für das Ortsbild, sondern auch durch die immer häufiger auftretenden und intensiveren Hitzetage des Sommers, welche man durch Grünraum erträglicher gestalten kann. Von einer kühleren Umgebung in der Grazer Innenstadt profitieren alle, Touristinnen und Touristen, Grazerinnen und Grazer und auch die Grazer Innenstadtwirtschaft, die immer stärker gegen große Einkaufszentren konkurrieren muss, welche mit Klimaanlageanlagen im Sommer besonders bei Kundinnen und Kunden punkten.*

*Besonders Bäume sind dafür bekannt, durch das Verdunsten von Wasser in ihren Blättern und durch das Spenden von Schatten eine positive Auswirkung auf das Mikroklima zu haben und dabei noch ein Ortsbild langfristig aufzuwerten. Durch das Pflanzen dieser könnte man so die Herrengasse weiter aufwerten, aber auch die Annenstraße wieder attraktiver gestalten. Dabei produzieren Bäume mit Sauerstoff unsere Luft zum Atmen und absorbieren weiters Staub und reinigen somit auch die Luft um uns herum.*

*Gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den*

***dringlichen Antrag,***

*dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden, das Pflanzen von Bäumen zur Schaffung einer Allee in der Herrengasse und Annenstraße zu prüfen.*

**Piffli-Percevic:**

Sehr geehrter Vorsitzender, hoher Gemeinderat, liebe Antragstellerin und lieber Antragsteller. Ihr habt jetzt bewiesen das, was ich für alle, ohne euch unsachgemäß mitzunehmen, in Anspruch nehme. Wir kämpfen mit tauglichen, ehrlichen Argumenten für jeden einzelnen Baum in dieser Stadt. Das ist abzulesen bei jedem Flächenwidmungsplan, insbesondere bei den Bebauungsplänen, bei vielen Einzelmaßnahmen, wir kämpfen darum. Ich möchte das wirklich feststellen, auch der Herr Bürgermeister hat ja jetzt bilanziert bei der Anfragebeantwortung, dass wir für jedes Neugeborene einen Baum pflanzen, allein in diesem Jahr 2500 Bäume; sofern die Eltern mit dieser zusätzlichen Aufgabe überfordert sind, übernimmt das auch die Stadt. Darüber hinaus sind allein heuer auf öffentlichen Plätzen und Straßen, und das ist eine ganz wichtige Zahl, ich wiederhole sie, 1.500 Bäume gepflanzt worden. Wir sollen uns Mut machen, das hat der Herr Bürgermeister in der Anfragebeantwortung gesagt, ich zitiere, nachzulesen im Protokoll. Ich habe etwas den Eindruck, liebe Andrea, dass folgendes Phänomen auftritt, dass du vor lauter Bäume den Wald nicht mehr siehst (*Appl. FPÖ + ÖVP*). Denn unser Stadtförster hat noch einmal klargestellt, dass ein Viertel unserer gesamten Stadtfläche, ein Viertel, Wald ist. Das findet hier überhaupt keine Erwähnung, das wird außen vor gelassen, ich mache es deshalb. Ich kämpfe für jeden einzelnen Baum innerhalb und außerhalb des Waldes. Es ist die Hälfte unserer Stadtfläche auch bei der Revision des letzten Flächenwidmungsplanes, trotz Ansinnen

von sehr vielen zu lobenden Bauwerbern, wir brauchen Wohnraum, nicht in Bauland oder Gewerbefläche umgewandelt worden, sondern als Erholungsfaktor geschont, als Grüngürtel, Wald geblieben. Das sollen wir nicht vergessen. Wir kämpfen trotzdem um jeden Baum.

Und, Andrea, du bist etwas abgelenkt durch deinen Klubobmann (*GR. Dreisiebner sitzt neben GR<sup>in</sup> Pavlovec-Meixner*) der auch nicht dafür war, dass wir das gemeinsam diskutieren, aber das war jetzt nur ein kleiner Sidestep. Ich habe den Eindruck, dass Politik ja bekanntlich nach Max Weber das Bohren harter Bretter ist, mit Leidenschaft und Augenmaß und wenn es um Bäume und Holz geht, dann ist der nicht allzu ferne liegend, der Max Weber. Da ist ein schmaler Grat zwischen dieser guten Eigenschaft der Fähigkeit des Bohrens harter Bretter und, wir wissen, die Alternative ist Dünnbrettbohrer. Ich möchte das niemandem hier unterstellen, aber es soll uns nur mahnen, dass wir bei der Sache bleiben sollen und dass wir gemeinsam dieses Bohren harter Bretter, das setzt ja Bäume voraus, auch in der Politik realisieren wollen. Zu den einzelnen Punkten, Andrea und Niko und auch Anna, ich muss dich, auch wenn es nicht formal ist, bei dem dritten Punkt, der mir ganz wesentlich ist in jenem Fußgängerzonen-Antrag für die Kaiserfeldgasse, da geht es um ein offensives Baumpflanzungskonzept, ich erspare mir die Antwort danach. Zu den einzelnen Maßnahmen: Wir werden, und bitte das soll jeder in seinem Kalender vermerken, ich kann den Tag noch nicht sagen, ich wünsche jedem von uns, dass er ihn erlebt, nächstes Jahr in Graz die österreichische Baumschutzkonvention nicht nur mitunterzeichnen, sondern sie wird hier in Graz sozusagen aus der Taufe gehoben. Dieser Termin ist ganz grün und mit allen Farben die jeder schätzt, anzumerken und diese Baumschutzkonvention wird auch einen erhöhten Rechtsschutz bringen, so wurde mir gesagt, für jene, die Bäume erhalten im öffentlichen Raum. Wir wissen, es ist auch Gefahr, wenn ein Ast abbricht, das ist ja auch ein schmaler Grat, dieser Termin in Graz, wir kämpfen auch nach außen. Es ist auch eine politische Manifestation. Wir pflegen die Stadtbäume, eine Anregung, diese Pflege mit der Holding noch zu verbessern, wir können uns täglich überzeugen. Es ist eine Stadtbaumkonferenz von

dir gefordert ist der Herr Bürgermeister hat es schon angeschnitten das Stockholm-, nicht -Syndrom, sondern -Modell. Das Stockholm-Modell, und der Begriff war mir fremd, der ist von der Stadt Schwammstadt. Das ist keine schwammige Idee, sondern Bäume sammeln und saugen ja Wasser auf und das ist eine sehr gute Semantik, denn Bäume haben, durch das Verdunsten kann ich 500 Liter pro Tag, auch eine enorme klimatologische Aufgabe, aber auch in der Retention von Oberflächenwasser helfen sie, unsere Kläranlagen zu entlasten. Dieses Modell, nach dem handeln wir bereits und es ist auch ganz konkret, weil du verstärkte Maßnahmen für Baumpflanzungen einforderst. Erstens ist es in der Agenda der Stadt klar als Punkt vermerkt, die Grünrauminitiative der Stadt wird fortgesetzt, auch in den kommenden fünf Jahren, die Sicherung von innerstädtischen Grünflächen zu gewährleisten und einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Hier gibt es nicht nur die Ankündigung, sondern auch hier die Erfolge, die Eggenberger Allee, der Kaiser-Josef-Platz, die Reininghausstraße, die Schmiedgasse und eine Forderung vom Niko, auch die Annenstraße, die Herrengasse und die Kaiserfeldgasse. Hier möchte ich schon anführen, das sind gute Ideen, aber es ist schon eine enorme Challenge, die Herrengasse zur Herrenallee zu machen. Wir werden das behandeln, aber jetzt kommt ein quasi fast finaler Punkt, denn die Redezeit ist schon überzogen, wir sehen eure Anregungen als sehr wertvolle Anregungen. Auch die von der Anna, aber wir haben im Moment den Eindruck, dass - wir haben zwar mit großer Mehrheit heute für den Klimaschutzbeauftragten gestimmt - aber bitte dringliche Anträge, ich möchte das nicht in Frage stellen, es ist ein Instrument laut unserer Geschäftsordnung, sollte jetzt nicht die Einbringungsstelle für Ideen für den Klimafonds werden. Wir sollten und wir haben uns ja auf die Geschäftsstelle geeinigt, wir werden uns auch auf die Geschäftsordnung einigen, diese wichtigen Ideen genau dort zu fokussieren, wo wir endlich auch einen beachtlichen finanziellen Muskel von 30 Millionen haben, um genau solche Ideen zu realisieren. Ganz zum Schluss, das Pflanzen von Wäldern ist vergleichsweise einfach. Dort braucht man für die Bewässerung nicht zu sorgen. Bei Einzelbäumen in der Stadt ist das schon ein ganz anderes Kapitel. Es bedarf auch erheblicher finanzieller Mittel. Wir haben den

Muskel, bitte, wir sorgen dafür, dass dieser Antrag den Klimafondsexperten vorgelegt wird, die Idee ist gut, wir kämpfen gemeinsam, aber jetzt haben wir eine andere Stelle, wo wir das tun. In diesem Sinne keine Zustimmung zu eurem Dringlichen. Danke.

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, liebe Antragsteller. Ich kann mich meinem Vorredner nur absolut anschließen. Bäume sind unbestritten extrem wichtig, deshalb ist es in der Agenda bei uns ein eigener Punkt. Da sie so wichtig sind, möchte ich nur ganz kurz auch von unserer Seite erklären, warum dieser Antrag für uns jetzt nicht dringlich ist. Die zwei Gründe sind, da möchte ich noch einmal auf das Stück Fachbeirat für Klimaschutz verweisen, welches wir gerade vorhin gemeinschaftlich beschlossen haben. Da heißt es, zusätzlich zur Anpassung an den Klimawandel, wie z.B. Beschattungsmöglichkeiten im Stadtraum durch Baumstandorte, etc. sollen Projekte und Maßnahmen umgesetzt werden, die einen positiven Beitrag zum Klimaschutz in Graz leisten. Das heißt, da sind die Bäume schon explizit erwähnt. Wie gesagt, 30 Mio. Euro geplant und das heißt, wir bekennen uns nicht nur, wie in deinem Antrag formuliert, zur Notwendigkeit des Baumschutzes, sondern viel weitergreifend zum Klimaschutz. Jeder und jede ist eben eingeladen, die Ideen und Projekte an die Experten dann im Fachbeirat einzubringen. Ein weiterer Grund, der schon erwähnt wurde, aber weil es so erfreulich ist, möchte ich es noch einmal sagen, das aktuelle Projekt von Bgm.-Stv. Mag. Eustacchio und Stadtrat Hohensinner, dass die Stadt jedem neugeborenen Kind in Graz einen Baum schenkt. Allein dadurch werden heuer eben noch 1500 Bäume gepflanzt. Das heißt, das sind zwei Gründe, Argumente, warum der Antrag heute für uns heute nicht dringlich ist und zum Abschluss bleibt mir nur zu sagen, durch Blau in der Regierung, wird das Stadtbild grüner. Danke.

GR<sup>in</sup> **Ussner**:

Es gibt ein paar Sachen, auf die ich doch noch gern einmal eingehen würde. Herr Kollege Piffli-Percevic, natürlich haben wir ein Viertel Wald, aber die Frage ist eben, wo der ist.

*Zwischenruf GR. **Pogner**: In der Stadt.*

**Ussner**: Ich weiß schon, wo er ist (*lacht*) aber es geht darum, dass man eben bei den Hitzeinseln in Graz da einfach eine Abkühlung schafft und zu sagen, wir haben ja eh so viel Wald, ist nicht genug. Es ist auch wichtig, einfach ganz massiv problematische Stellen gut zu kühlen und da gibt es genug Systeme.

*Zwischenruf **Piffli-Percevic**: Es wurde aber nicht erwähnt von den Antragstellern, ich habe das erwähnt.*

**Ussner**: Ja, weil es eben um etwas anderes gegangen ist, nicht um den Wald, den wir eh haben, sondern da, wo die Baumstandorte fehlen und auch darum, dass Bäume in der zunehmenden Hitze eine massive Herausforderung haben werden in der Stadt. Wir können nicht nur die gleichen Baumarten ansetzen, es werden uns auch viele Bäume wegsterben noch in Zukunft, in den nächsten Jahren und speziell deswegen einen massiven Fokus zu legen, macht schon trotzdem Sinn. Zur Bewässerung, weil Sie gesagt haben, das ist auch eine sehr große Herausforderung: Da gibt es mittlerweile auch großartige automatische Bewässerungssysteme, die mit Sensoren sogar die Erde messen. Das sind alles keine Herausforderungen.

*Zwischenruf Piffi-Percevic: Aber die kosten etwas.*

**Ussner:** Ja, das sind Kostenfragen und Prioritätenfragen, wo man das Geld hin investiert. Ich wollte es mir verkneifen, aber kann ich nicht, Frau Gemeinderätin Schleicher, man kann nicht immer alles mit beschlossenen Anträgen und Bekenntnissen abtun und sagen, ja wir machen das eh schon alles.

*Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Was wollt ihr dann?*

**Ussner:** Nur als Beispiel, ich weiß nicht, ob ihr euch noch erinnern könnt, vor einem Jahr habe ich einen dringlichen Antrag eingebracht zur Charta für Grünraum. Die ist einstimmig beschlossen worden in diesem Gremium. Im Februar hätte es einen Zwischenbericht geben sollen. Im Februar habe ich dann per E-Mail nur eine Benachrichtigung bekommen, das wird alles Teil vom Aktionsplan, von der Klimawandelanpassungsstrategie werden. Was ist seither passiert? Gar nichts! Ich muss ganz ehrlich sagen, ich vertrau einfach diesen leeren Versprechungen nicht mehr, solange die Maßnahmen und die klaren Umsetzungen fehlen. Man kann da schon viel darüber reden, was wir nicht alles machen und was wir nicht alles beschlossen haben und der Baumschutz ist eh dort und da verankert, aber so eine Konferenz, wie sie die Andrea vorschlägt, um diese Maßnahmen auch wirklich umzusetzen und sich klar dazu zu bekennen, das macht schon Sinn. Weil sonst kommt man nichts ins Handeln, was ich so an diesem Gremium beobachte.

GR<sup>in</sup> Dipl. Museol. (FH) **Braunersreuther:**

Sehr geehrte KollegInnen, um das gleich aufzuklären, wie vermutet wurde, eine Baumversteherin bin ich nicht, weil ich nicht mit Bäumen reden kann, aber ich kann Bäume anschauen. Vor allen Dingen kann ich auch Bilder von Bäumen anschauen, z. B. die Bäume, die gezeigt wurden auf dem Foto, auf dem Werbefoto für das Setzen von Bäumen für jedes Neugeborene. Da hat man es tatsächlich geschafft, dass diese Baumsetzlinge noch kleiner als die Neugeborenen sind. Das ist der beste Beweis dafür, dass man auch bei diesem Thema Expertinnen und Experten einbinden sollte, denn alle sollten eigentlich wissen, dass von diesen Minisetzlingen sehr viele, das ist im natürlichen Wald so und das ist auch nicht schlimm, sehr viele absterben.

Insbesondere, wenn sie nicht gegossen werden und das würde mich interessieren, bzw. will ich den Stadtförstern das nicht zumuten, dass sie diese kleinen Setzlinge regelmäßig gießen. Wenn sie nicht gegossen werden, dann schaffen es viele von denen nicht. Deswegen plädiere ich dafür, dass beim Setzen von Bäumen und beim Sprechen über Bäume wirklich auch über Bäume gesprochen wird. Wir haben das schon mehrmals thematisiert, dass ein kleiner Baum nicht gleich einen großen ersetzt. Es gibt deswegen Ansätze in anderen Städten, dass das nach Masse berechnet wird. Für jeden gefälltten Baum die Baummasse berechnet wird und dann entsprechend kleine Bäume oder mittelgroße Bäume dieser Masse gesetzt werden und nicht einfach 1:1, weil bis die nachwachsen, das dauert halt einfach einmal. In der Zeit fehlt uns einfach der Raum und vor allen Dingen fehlen uns dann Bäume, die es nur auf Bildern gibt. Ich möchte auch noch erinnern, dass der Bürgermeister versprochen hat, dass er die Grüneinfahrt grüner machen will und gesagt hat, er hat darauf geachtet, dass es mehr Bäume gibt, es waren aber genauso viele Bäume auf dem neuen Rendering wie auf dem alten von 2018. So kann man auch nicht zu mehr Bäumen kommen.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Frau Kollegin Braunersreuther, bei allem Verständnis für wahrscheinlich Ihr Baumwissen, aber wir vertrauen schon unserem Herrn Oberförster und seinem Team, wenn er dann seine Vorschläge macht, wie wir die Bepflanzungen in Graz durchführen. Es hat sich zu Wort gemeldet Herr GR. Haßler.

GR. Mag. **Haßler:**

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube angesichts der...

*Zwischenrufe: Jetzt geht die Sonne auf (die Vorhänge im Gemeinderatsaal werden geöffnet).*

**Haßler:**

Schön, aber das ist noch keine Erleuchtung. Jetzt kommt der Heiligenschein für mich wahrscheinlich.

Angesichts der Klimadramatik, mit der wir konfrontiert sind, glaube ich, ist es durchaus legitim, diese Anliegen hier einzubringen. Deshalb sehen wir dir die Dringlichkeit auch bei beiden Anliegen und natürlich werden da über einige Details geredet, wo der Peter sagt, wir sollten nicht mit dringlichen Anträgen so ins Kleine gehen, wenn wir jetzt doch den Klimafonds haben und da doch Klimabeauftragte usw. Ich sehe schon eine Problematik, die ich in den letzten ein bis zwei Jahren jetzt immer stärker bemerke. Es gibt eine Koalition, die glaubt, sie redet alles unter sich aus und der Rest des Gemeinderates wird dann hier informiert und dann ist man da auch noch beleidigt, wenn vielleicht einer nicht mitstimmt oder eine andere Meinung hat. Es gibt leider für die Opposition kaum Möglichkeiten, auf irgendetwas aufmerksam zu machen oder Vorschläge einzubringen und deshalb wird eben das Instrument der dringlichen

Anträge genutzt, um auch kleine Vorschläge, die ich teilweise auch in normale Anträge packen würde, hier in dieser Form aufs Tablett zu bringen, um das einfach auch zu diskutieren, weil wir keine andere Möglichkeit mehr haben. Was die Stadtregierung vom Gemeinderat hält, ich brauche nur nach links zu schauen, das könnt ihr alle da sehen. Das ist ja nicht ein Bild das wir heute hier haben, dass der Vorsitzende verloren und alleine dasitzt, das ist ein Bild, das immer öfter hier um sich greift und ich bin seit 11 Jahren ...

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

**Haßler:**

Ich habe keine Fraktion angesprochen und ich bin seit 11 Jahren jetzt hier im Gemeinderat und ich kann mich an Zeiten erinnern, wo die Stadtregierung ziemlich geschlossen auch der gesamten Sitzung gefolgt hat, vielleicht einmal eine Stunde weg war, aber jetzt ist es so, dass wir Glück haben müssen, wenn der eine oder andere eine Stunde da ist. Ich glaube, so kann es nicht weitergehen.

**Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:**

Es ist korrekt, dass heute die Regierungsbank spärlich besetzt ist, aber es häufen sich heute die Termine, die von unseren Stadtregierern wahrgenommen werden.

*Zwischenruf GR. **Haßler:** Es ist immer so.*

**Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:**

Nein, es ist nicht immer so, aber heute ist es extrem. Der Herbst, das weißt du, so glaube ich, aus deiner langjährigen Erfahrung, ist so, dass es sehr viele Veranstaltungen gibt und ich finde es sehr gut, wenn unsere Stadtreger bei den diversen Veranstaltungen vertreten sind. Das ist auch ihre Aufgabe. Dass der Gemeinderat heute hier tagt, das ist ein wichtiges Gremium und die Abstimmungen finden auch ohne die Stadtreger statt. Hauptsache ist, es gibt einen Vorsitzenden.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, dann darf ich zum Schlusswort bitten.

**Pavlovec-Meixner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das Thema nicht so traurig wäre bzw. eure Statements von der ÖVP und von der FPÖ, dann müsste man jetzt fast lachen...

*Zwischenruf GR. **Piffl-Percevic:** Geweint hat aber niemand.*

**Pavlovec-Meixner:** ...weil man sieht an euren Rückmeldungen wirklich, dass ihr euch noch nicht lange mit dem Baumthema, mit dem Thema Standort Stadt beschäftigt. Denn sonst könntet ihr nicht solche Sachen sagen, wie du, Peter, gerade gesagt hast. Wenn du jetzt sagst, wir kämpfen um jeden einzelnen Baum in der Stadt, dann könnte mein Kollege Karl Dreisiebner Romane darüber schreiben, wie wenig ihr um Bäume bei Bauvorhaben kämpft. Wenn ihr jetzt sagt, ihr pflanzt für jedes Kind einen Baum, dann muss ich mich der Kollegin anschließen. Es sind keine Bäume, das sind Bäumchen, und mir tut es wahnsinnig leid für die Kinder, mir tut es wirklich wahnsinnig leid, dass nicht jeder dieser Bäume überleben wird. Das ist nicht meine Meinung, das ist bitte eine Fachmeinung, die ich hier sage. Das mit den 1.500 Bäumen ist ja ein Rätsel für mich. Weil offensichtlich sind die 1.500 Bäume, ist das ident mit dem „Für jedes Kind ein

Baum“, so habe ich es jetzt zumindest verstanden. Weil es irgendwie das Rätsel lösen würde, woher plötzlich die Baumstandorte kommen, das sind nämlich keine Stadtbäume, das ist ein Wald, der da gepflanzt wird und das ist genau nicht dort, wo wir dringend die Bäume brauchen. Ob ich mich bei Dünnbrettfahrer jetzt betroffen fühlen sollte, weiß ich nicht. Unsere Intention war es jedenfalls, mit euch harte Bretter zu bohren. Genau darum ging es ja auch mit dieser Stadtbaumkonferenz und ich finde das eigentlich auch sehr schade, wie ihr euch über die Wünsche eurer eigenen Fachbeamten und –beamtinnen hinwegsetzt, die hätten sich nämlich so eine Stadtbaumkonferenz gewünscht. Ich muss jetzt noch weiterreden, weil da doch sehr viele Punkte gekommen sind. Ich hoffe, dass nicht Energiewirtschaftsexperten, weil solche sind das nämlich momentan, über eine Stadtbaumkonferenz befinden werden und was die österreichische Baumschutzkonvention betrifft, darf ich dir mitteilen, dass ich mit den Leuten sehr lange in Kontakt bin. Die haben sich sogar beklagt bei mir, das aus Graz niemand teilnimmt an ihren Bemühungen. Wenn das jetzt besser geworden ist, dann freut mich das natürlich sehr, weil mir das Thema auch sehr bewusst ist. Abschließend ein Punkt zum Stockhol-System. Ich meine, du stellst dich da heraus und tust jetzt so, als wäre bei jeder Baumpflanzung das Stockholm-System in Anwendung und das ist schlichtweg unwahr.

*Zwischenruf GR. Piffli-Percevic: Das habe ich nicht gesagt.*

**Pavlovec-Meixner:**

Ich habe mich erkundigt, beim Kaiser-Josef-Platz ist nicht das Stockholm-System zur Anwendung gekommen und das ist einfach eine Art, über Dinge zu reden, die ist sehr allgemein, die ist nicht präzise und das können wir nicht brauchen beim Baumschutz. Da muss man sehr präzise sein und da müssen wir schauen, dass wir das in Zukunft besser hinbekommen als bisher. Sicherung innerstädtischer Grünraum, ich sage nur:

Styria, schaut es schlecht aus und wenn es jetzt schon so anfängt mit dem Klimaschutzthema, dass ihr so wertvolle Anträge wie den dringlichen Antrag, in dem es um eine Stadtbaumkonferenz geht, so abtut, dann, fürchte ich, wird das nicht zum Lachen sein.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Dass ich vielleicht die Baumsetzung, die stattgefunden hat, kurz erläutern darf. Jedes Kind, oder für jedes Kind gibt es einen Baum, wie wir heute schon öfters gehört haben. Die Eltern haben die Möglichkeit, aus verschiedenen Bäume, ich glaube, es sind acht verschiedene, aussuchen zu können und wenn sie die Möglichkeit haben, setzen sie diesen Baum selbst. Für jene Kinder, wo die Bäume nicht abgeholt worden sind, setzen wir die Bäume und genau das war die Aktion, die wir getätigt haben. Zur Erklärung, weil das ist vielleicht noch nicht richtig angekommen. Herr GR. Swatek wünscht kein Schlusswort.

Daher kommen wir nun zur Abstimmung.

***Die Dringlichkeit des Antrages der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.***

***Die Dringlichkeit des Antrages der Neos wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.***

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag, vorgetragen von Frau Gemeinderätin Robosch. Ich darf Herrn Klubobmann Ehmman in unserer Runde begrüßen.

**10.8 FuZos-Offensive  
(GR<sup>in</sup> Robosch, SPÖ)**

**Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Jetzt ist auch meine Fraktion vollzählig da, jetzt können wir weitermachen.

*Zwischenruf: Geburtstagskind.*

**Robosch:**

Ich habe mich eigentlich sehr gefreut, dass, obwohl ich heute meinen Geburtstag hier verbringe, dass ich nach der Sommerpause die Nachricht bekommen habe, dass die Millionen, die eigentlich in die Plabutschgondel fließen hätten sollen, jetzt in einen Klimainnovationsfonds fließen sollen und dass Bürgermeister Nagl gesagt hat, Graz will Klimainnovationsstadt Nr. 1 werden und alles daransetzen, die Pariser Klimaziele zu erreichen, war ja schon fast Musik in meinen Ohren. Heute war das auch schon fast ein Geburtstagsgeschenk, als der Herr Bürgermeister selbst davon gesprochen hat, dass es endlich erkannt wurde auch in der ÖVP, dass es das brennendste Thema unserer Zeit sein wird und ist, heute schon. Wenn man jetzt 30 Mio. hier in einen Klimainnovationsfonds steckt, dann denkt man ja natürlich an die vielen Ideen, die wir alle haben, die man mit diesen 30 Mio. umsetzen könnte. Aber uns ist es auch wichtig, dass wirklich diese 30 Mio. in die Bekämpfung der Klimakrise gesteckt werden und nicht in PR-Aktionen. Eine sehr hoch im Trend liegende Maßnahme gegen die Klimakrise, aber auch in die Belebung von Städten, ist es, FußgängerInnenzonen auszuweiten, statt sie zu verkleinern. Madrid tut es, Lissabon tut es und Barcelona sowieso. Alle diese Großstädte haben die FußgängerInnenzonen ausgeweitet, haben einen enormen Boom für die Wirtschaft erzeugt und haben auch positive

Auswirkungen fürs Zusammenleben und fürs Stadtklima erzeugt. Graz hat hier auch extremes Potential. Wir haben 70.000 m<sup>2</sup> an FußgängerInnenzonen. Das sind 5,3 km an FußgängerInnenzonen. FußgängerInnenzonen werden halt nicht nur quasi positiv für die Wirtschaft genutzt, weil mehr Raum und mehr Platz und mehr Zeit fürs quasi Schaufensterschauen ist, sondern es ist auch ein quasi öffentlicher Raum, der besser als erweitertes Wohnzimmer genutzt werden kann und BürgerInnen sich entweder im netten Café oder am konsumfreien Bankerl niederlassen können. Aber mir ist auch extrem wichtig, hier zu sagen, es geht dabei auch ein wenig um Gerechtigkeit. Weil wenn man in Graz schaut, und die Kollegin Ussner hat heute schon die Grafik hergezeigt, wie viel Platz für Autos vorhanden ist, wie viel Platz für den Verkehr, vor allem für den Individualverkehr vorhanden ist und wie viel Platz für FußgängerInnen und Fahrräder vorhanden ist, dann ist es hier eine Schieflage, die es einfach vor allem auch in Bezug auf das Klima zu ändern gilt. Wir haben noch dazu so absurde Situationen mit Parkplätzen, dass man am Bischofsplatz gefühlte fünf Parkplätze haben, wo sehr optimistische AutolenkerInnen immer wieder hinfahren, obwohl es eh schon bei der Einfahrt ein elektronisches Schild gibt, wie viele Parkplätze frei sind und trotzdem fahren da immer wieder AutolenkerInnen in die innerste Innenstadt und Parkplätze sind einfach kein Selbstzweck und dürfen auch nicht zu Verkehrsmagneten werden. Wir brauchen in Graz eine Trendwende, weil Graz hat vor allem ein Verkehrsproblem. Wenn man sich das Verkehrsproblem ansieht, und das ist der große Unterschied zu den zwei Anträgen, die vorher gestellt wurden, die wir natürlich auch sehr begrüßt haben, aber Graz hat das Verkehrsproblem, weil in Graz der Autoverkehr noch immer der attraktivste Verkehr ist. Er sorgt für Luftverschmutzung, er sorgt für eine Klimabelastung, er sorgt für Lärmbelästigung, Unfallgefahr und Flächenverbrauch. All diese Sachen sind extrem hoch beim Autoverkehr und extrem niedrig oder nicht vorhanden beim FußgängerInnenverkehr. Da denke ich mir schon, das ist übrigens eine Grafik (*GR<sup>in</sup> Robosch hält eine Grafik hoch*) von der Initiative „Move it“, die ja heute auch schon genannt wurde, die zwölf Forderungen aufgestellt haben. Ich kann nur alle zwölf dem Gemeinderat ans Herz legen. Alle zwölf wären eine enorme Verbesserung

für die Stadt Graz. Wir haben in unserem Antrag nicht nur quasi die Erweiterung um mind. 10 % von FußgängerInnenzonen hineingeschrieben, sondern haben auch die Kaiserfeldgasse ganz bewusst als quasi Umwandlung in eine FußgängerInnenzone hineingeschrieben. Warum? Weil die Kaiserfeldgasse heute schon mit der Allee, mit der Nutzung, die sie heute gerade erfährt, mit der extrem positiven Resonanz, wenn wir dort mit den Menschen über die FußgängerInnenzonen oder die Forderung nach FußgängerInnenzonen sprechen, dann ist das schon sehr weit akzeptiert und auch gewünscht. Deswegen stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

**dringlichen Antrag:**

- 1) Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu einer Ausweitung der FußgängerInnenzone um mindestens 10 Prozent im Bereich der Innenstadt sowie zur Schaffung von FußgängerInnenzonen in den Bezirkszentren.
- 2) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden in diesem Sinne beauftragt, die Möglichkeiten der Umwandlung der Kaiserfeldgasse in eine FußgängerInnenzone zu überprüfen.
- 3) Weiters werden die zuständigen Abteilungen beauftragt, unter Einbindung des neuen Klimaschutzbeirates und der jeweils betroffenen BezirksrätInnen nach Möglichkeiten bzw. Konzepten für die Errichtungen von FußgängerInnenzonen in allen Stadtbezirken zu suchen bzw. entwickeln, wobei Mittel aus dem Klimainnovationsfonds genutzt werden sollten, diese neu geschaffene FußgängerInnenzonen mit Bäumen und anderen Pflanzen zu begrünen und mit ausreichend Sitzgelegenheiten und konsumfreien Räumen auszustatten.

*Originaltext des Dringlichkeitsantrages:*

*Viele Grazerinnen und Grazer waren erleichtert und erfreut, als am Mittwoch, den 4.9. bekannt wurde, dass die Millionen für die Plabutschgondel jetzt doch in einen Klimainnovationsfonds fließen sollen. „Graz will Klimainnovationstadt Nummer Eins werden und alles daran setzen, die Pariser Klimaziele zu erreichen“, so lautete die Ansage von Bürgermeister Nagl.*

*Nun gilt es, diese positive Wendung für innovative Klimaerträge zu nutzen und sicherzustellen, dass das Geld aus dem Fonds auch tatsächlich dazu verwendet wird, die Klimakrise zu bekämpfen und die Lebensqualität der Grazerinnen und Grazer zu verbessern.*

*Eine sehr hoch im Trend liegende Maßnahme vieler Städte in Europa ist die Zurückeroberung der innerstädtischen Flächen fürs Flanieren und Schlendern. Madrid tut es, Lissabon schon längst, Barcelona ist auch dabei. All diese Großstädte weiten ihren Anteil an Fußgängerzonen aus und erleben dadurch einen enormen Boom in der Wirtschaft und positive Auswirkungen auf das Stadtklima.*

*Graz bietet in diesem Bereich enormes Potential. Mehr Potential, als wir uns vielleicht heute vorstellen können. Menschen wünschen sich nicht nur Platz zum Flanieren und „Schaufensterschauen“, sondern auch die verschiedensten Räume, um sich niederzulassen, egal ob im netten Café oder am konsumfreien Bankerl. Öffentlicher Raum, der als „erweitertes Wohnzimmer“ dient, macht eine Stadt lebenswerter und wird von den Bürgerinnen und Bürgern überaus geschätzt. Wenn diese Räume dann auch noch entsprechend begrünt sind, werden sie sogar noch attraktiver. Ein positives Beispiel in diesem Sinn ist die Kaiserfeldgasse, die durch die zahlreichen Bäume und Sträucher spürbar gekühlt wird. Diesen positiven Effekt auf das Stadtklima müssen wir ausweiten.*

*Es geht dabei aber auch um Gerechtigkeit. Denn Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrerinnen und Radfahrer bekommen im öffentlichen Raum in Graz weit weniger Platz zur Verfügung gestellt, als ihnen eigentlich zusteht. Oftmals wird der Raum für*

*Parkplätze verwendet, obwohl Autos in Graz bereits jetzt übermäßig viel vom öffentlichen Raum in Anspruch nehmen und der Individualverkehr in Graz bekanntermaßen eine der größten Herausforderungen im Kampf gegen die Klimakrise darstellt. Parkplätze dürfen kein Selbstzweck oder gar Verkehrsmagneten sein. Trotz der absurd geringen Anzahl an Parkplätzen am Bischofsplatz, ziehen diese immer wieder optimistische AutolenkerInnen in die innerste Innenstadt, welche dann immer wieder feststellen, dass all diese Parkplätze ohnehin vergeben sind.*

*Vollziehen wir also eine Trendwende und nutzen wir die nun vorhandenen finanziellen Mittel des Klimainnovationsfonds dafür, den Erfolgsbeispielen anderer europäischer Großstädte zu folgen. Die Grazerinnen und Grazer werden sich über den gewonnenen Raum und die Freiheit, die sich ihnen dadurch bietet, freuen und auch die Grazer Betriebe werden davon profitieren.*

*Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den*

**dringlichen Antrag:**

- 1) Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu einer Ausweitung der FußgängerInnenzone um mindestens 10 Prozent im Bereich der Innenstadt sowie zur Schaffung von FußgängerInnenzonen in den Bezirkszentren.*
- 2) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden in diesem Sinne beauftragt, die Möglichkeiten der Umwandlung der Kaiserfeldgasse in eine FußgängerInnenzone zu überprüfen.*
- 3) Weiters werden die zuständigen Abteilungen beauftragt, unter Einbindung des neuen Klimaschutzbeirates und der jeweils betroffenen BezirksrätInnen nach Möglichkeiten bzw. Konzepten für die Errichtungen von FußgängerInnenzonen in allen Stadtbezirken zu suchen bzw. entwickeln, wobei Mittel aus dem*

*Klimainnovationsfonds genutzt werden sollten, diese neu geschaffene FußgängerInnenzonen mit Bäumen und anderen Pflanzen zu begrünen und mit ausreichend Sitzgelegenheiten und konsumfreien Räumen auszustatten.*

**GR. Dreisiebner:**

Liebe Antragstellerin und Geburtstagskind, wenn ich das so sagen darf, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ein sehr guter Antrag. Diesen unterstützen wir von unserer Seite vollinhaltlich, auch wenn wir im Vorfeld schon gehört haben, dass wir das jetzt ja alles in den Beirat dann schicken müssen und im Gemeinderat wird über solche Sachen dann eigentlich oder sollte man dann eigentlich über solche Sachen nicht mehr sprechen. Das ist für mich sehr bedenklich.

*Zwischenruf GR. Piffli-Percevic: Wir haben eine eigene Debatte gehabt dazu.*

**Dreisiebner:**

Das ist für mich sehr bedenklich, wenn man sich um Fragen der Stadtentwicklung, der Mobilitätsorganisation, der Herstellung von mehr Gerechtigkeit und Ausgleich in der Zurverfügungstellung von Fläche, auch für Fußgängerinnen und Fußgänger, für Radfahrerinnen und Radfahrer einbringt, dass man da jetzt auf ein anderes Ticket, in dem Fall auf diesen Klimafonds und auf den Beirat, verwiesen wird. Wenn das das Ziel ist, dann ist das Ding von jetzt ab schon sehr bedenklich, wenn das jetzt wirklich über Wochen und Monate so aufgesetzt ist. Aber wir werden uns dann dazu auch zu Wort melden. Ich stelle einerseits fest, ich habe seit 2014 immer wieder einen Bezug auf die Kaiserfeldgasse, Fußgängerzone, Verkehrsberuhigung bis hin jetzt im Mai des Jahres, die Einrichtung von sechs Straßen in den innenstadtnahen Bezirken vor allem, wo man Verkehrsberuhigung, Begegnungszonen, Fußgängerzonen, was auch immer, das ist

dann eben eine Frage der Prüfung der Fachabteilungen, durchsetzen sollte und prüfen sollte. Wurde damals nicht so gesehen. Wir haben jetzt ja auch eine Fußgängerzonenausweitung im Bereich Lendplatz Süd, Mariahilferstraße in der Pipeline. Ich bin gespannt, ob wir das umsetzen können. Da gibt es im Moment auch keine klaren Informationen, aber wir hoffen, dass wir da bald ein Go und ein Ok und einen breiten Beschluss durch das ganze Kollegium hier erfahren können. Ich stelle mir immer wieder die Frage, gerade weil ich mit der Kaiserfeldgasse und mit den Wirtschaftstreibenden und mit den AnwohnerInnen dort vor Ort immer wieder diskutiert habe und das auch an mich und uns herangetragen wurde, oder an unsere Bezirksvertretungen herangetragen wurde, dass man dort den Verkehr reduziert und für andere Nutzungen möglich zu machen. Was wäre, wenn die Kaiserfeldstraße heute so aussehen würde wie eine andere Straße, wo keine Bäume drin sind? Wie eine andere Straße, die ganz normal mit Fahrstreifen und Parkraum quasi blockiert ist? Würden wir dort so eine Straßengestaltung, mit so vielen Bäumen zustande bringen? Würden wir so viel kämpfen? Das ist die Frage. Ich fürchte, ich kann sie nicht eindeutig mit Ja beantworten, zumal ihr das ja auch immer wieder belegt, dass ihr in solchen Fällen nicht unbedingt für die Änderung von Organisation von Platzzuweisungen und insbesondere das Opfern von einem, zwei, drei, Parkplätzen offen seid. Aber vielleicht ändert sich etwas in den nächsten Wochen und Monaten. Das wäre schön und wenn das Geburtstagskind Anna Robosch heute doch noch die Mehrheit bekommt, dann trinken wir trotzdem einen.

GR<sup>in</sup> **Robosch**: Ja, gerne.

***Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (18.00 Uhr).***

GR. Ing. **Lohr:**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Antragstellerin. Wir haben uns ein wenig schwer getan mit dem Antragstext. Ich habe es erfolglos versucht, das Wort FußgängerInnenzone zu finden. Das gibt es nicht im Duden, wir haben in der Straßenverkehrsordnung verzweifelt gesucht, das war leider unmöglich. Jetzt kommt das kleine Aber, ich mach dir dann ein Geburtstagsgeschenk und gehe trotzdem kurz auf den Inhalt ein. Unsere Meinung zu diesem Thema Fußgängerausweitungen sollen dort erfolgen, wo es sinnvoll ist und wo es der Bezirk auch befürwortet. Wir haben ja in der Vergangenheit positive Beispiele gehabt, die Erweiterungen in der Landhausgasse, Schmiedgasse oder jetzt am Lendplatz, die kommen werden, das sind positive Beispiele. Der Antrag heute ist nicht dringlich.

Bgm. **Nagl:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann darf ich die Antragstellerin zum Schlusswort bitten.

GR<sup>in</sup> **Robosch:**

Ja, schade. Danke, lieber Karl, dass du gesagt hast, dass es für dich sehr wohl dringlich ist. Vor allem, ich muss dir auch Recht geben in der Hinsicht, ich habe eigentlich gedacht, wir schreiben die Kaiserfeldgasse da jetzt hinein, weil das ist ja eigentlich schon so anerkannt und wir sind ja eigentlich auch in der Bevölkerung schon so weit, dass es ja auch sein könnte, dass wir auch im Gemeinderat so weit sind. Ihr zeigt mir einmal wieder, nein, wir sind leider im Gemeinderat noch ein wenig hintennach, weil die Kaiserfeldgasse ist in eurem Kopf noch eine Straße, wo man sehr viel Platz einfach nur verschwenden kann. Tut mir leid, aber mit Parkplätzen und nicht Raum für FußgängerInnen oder für Raum für Gastgärten und für die Wirtschaft und die Gastronomen, für was auch immer. Unabhängig davon, ich habe gedacht, es ist ein

nettes Geburtstagsgeschenk, dass du dich über dieses Wort FußgängerInnenzonen noch drüber traust und dich trotzdem noch mit dem Antrag beschäftigst. Eigentlich bist du gewählt dafür, dass du das tust, aber ich fasse es trotzdem als Geburtstagsgeschenk auf, danke. Trotzdem denke ich mir, glaube ich, dass diese Forderung und ganz viele andere Forderungen eigentlich eine Verbesserung für uns alle wären und eine Verbesserung auch im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und im Sinne der Wirtschaft und da wundert es mich schon, dass nach Madrid, die gesagt haben, dass eine einzige FußgängerInnenzone 20 % Wirtschaftsaufschwung gebracht hat, dass die ÖVP als selbst ernannte Wirtschaftspartei, die jetzt auch noch den Klimaschutz für sich entdeckt hat, dass ihr hier nicht zustimmt. Weil es könnte in der Kaiserfeldgasse genau das gleich sein und das könnte auch in Graz das genau Gleiche sein. Man muss trotzdem feststellen, dass die Kaiserfeldgasse noch nicht reif für die FußgängerInnenzone ist und es auch die ÖVP noch nicht ist. Die schwarz-blaue Koalition schon gar nicht. Deswegen tut es mir sehr leid. Wir können trotzdem nachher noch etwas trinken, für alle, wir können alle gerne Freunde bleiben und auf meinen Geburtstag anstoßen, aber ich hätte mir gewünscht, dass alle, die hier heute dafür stimmen, von mir einen Spritzer bekommen, aber ich glaube, das wird sich nicht ausgehen.

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.***

**10.9 Sicherheit auf Spielplätzen  
(GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Bauer, SPÖ)**

**Bauer:**

Werte Kolleginnen und Kollegen. Jetzt ist es schon etwas länger heute im Tage, ich möchte mich auch kurzfassen, aber es geht dennoch um ein sehr wichtiges Thema, nämlich Sicherheit auf der Spielwiese. Im Sommer hat sich eine Mutter an die SPÖ gewandt, weil es Sicherheitslücken am Spielplatz am Berliner Ring gab. Sie hat den Handlungsbedarf aufgezeigt. Es war auch ein Spielplatz in Wetzelsdorf, wo es auch Probleme gab, nämlich hier fehlte die Absicherung zum Gleiskörper. Wohnen Graz hat das geregelt, war aber nicht im Auftrag, also in der Zuständigkeit von Wohnen Graz. Zusammenfassend können wir sagen, es gibt Sicherheitslücken. Nämlich dort, wo Spielplätze an öffentliche Verkehrsflächen angrenzen, hier ist es nicht gesetzlich geregelt, wer sich darum zu kümmern hat. Die Eltern sind besorgt, die Eltern wissen, wo die Lücken sind. Die engagierte Mutter, die sich vom Berliner Ring an uns gewandt hat, hat auch gesagt, sie würde gerne in einem Arbeitskreis mitarbeiten. Ob das Arbeitskreis oder Round-Table heißt, das sei dahingestellt. Ich denke, dass hier Handlungsbedarf ist und dass man seitens der Stadt Graz ein Facts Vision macht, wo ist Verbesserungsbedarf, wo ist der gesetzliche Rahmen lückenhaft und das erarbeitet.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

**dringlichen Antrag;**

und ich glaube, es ist noch immer notwendig, den Antragstext wortgetreu vorzulesen, so habe ich es in Erinnerung.

Im Sinne des Motivenberichtes möge unter Koordination, einer muss es machen, von Generationenstadtrat Kurt Hohensinner, ich arbeite sehr gerne mit ihm zusammen, eine Arbeitsgruppe „Sicherheit auf Spielplätzen“ eingerichtet werden – bestehend aus

VertreterInnen der Verwaltung, des Kinderparlamentes, oder auch Elternvereine anzuschreiben, die Wohnbauträger einzubinden, sodass wir ein Konzept haben, wo Sicherheitslücken bestehen und sie daraufhin beseitigen können.

Der zweite Punkt ist der, dass es auch eine gesetzliche Absicherung geben soll und hier gilt es natürlich einen weiteren Punkt aufzugreifen, nämlich wo sind im Gesetz Lücken, damit wir auch die gesetzlichen Lücken schließen. Vielen Dank und ich ersuche um Ihre Zustimmung.

*Originaltext des Dringlichkeitsantrages:*

*Die gesetzlichen Vorgaben für die Absicherung von Spielplätzen gegenüber Straßen oder Bahntrassen sind äußerst mangelhaft, wie sich auch im Sommer wieder aufgrund eines offenen Briefes einer engagierten Mutter betreffend den Spielplatz „Berliner Ring“ zeigte. Ein Umstand, der sich im Übrigen auch in Zusammenhang mit der Beantwortung einer Gemeinderatsanfrage der SPÖ in Hinblick auf einen Spielplatz in Wetzelsdorf zeigte, wonach eine Absicherung des Spielplatzareals hin zum benachbarten Bahngleiskörper gesetzlich nicht vorgeschrieben sei. Im Fall Wetzelsdorf hat sich zwar die Stadt Graz/Wohnen Graz selbstverständlich umgehend entschlossen, für eine nachhaltige Abgrenzung zu sorgen. Doch scheint es insgesamt mehr als fragwürdig, solche Maßnahmen dem „guten Willen“ bzw. freiwilligen Entgegenkommen von Hausverwaltungen bzw. Eigentümergemeinschaften zu überlassen – es braucht klare gesetzliche Vorgaben, wie Spielplätze gegenüber öffentlichen Verkehrsflächen abzusichern sind, da sind Land bzw. Bund gefordert.*

*Was zudem im Zuge der von der „Kleinen Zeitung“ getragenen Spielplatzdiskussion auffiel: „Sicherheitslücken“ bei Spielplätzen scheinen sich nicht auf ein oder zwei Einzelfälle zu reduzieren – in Leserbriefen und Postings wurden von besorgten Eltern und AnrainerInnen eine ganze Reihe ähnlich gelagerter Problematiken genannt.*

*Fazit: Wenn die betroffenen Eltern sagen, da und dort bestehe dringender Handlungsbedarf, dann haben Sie Recht. Und wünschenswert ist, hier gleich ein Gesamtpaket zu schnüren. Wobei aber auch klipp und klar festgehalten werden muss, dass zum Beispiel nicht die Stadt Verantwortung übernehmen kann, wo andere Gebietskörperschaften aufgrund ihrer Zuständigkeiten – Stichwort gesetzlicher Rahmen - gefordert sind: Es ist klar zu differenzieren, was für die Stadt möglich ist, welche Vorgaben die Stadt machen kann, wo Bund und Land tätig werden müssen. Entscheidend ist weiters, in diesen Fragen ganz besonders auf die „Fachexpertise“ jener Eltern zurückzugreifen, die mit ihren Kindern Spielplätze nutzen: Denn sie sind es, die aus ihrer täglichen Erfahrung heraus beurteilen können, wo Verbesserungen, Nachjustierungen, Adaptierungen notwendig wären. Wobei in diesem Zusammenhang erfreulich ist, dass besagte engagierte Mutter vom Berliner Ring, die den Stein ins Rollen brachte, bereits bekundet hat, an einem solchen Arbeitskreis „Sichere Spielplätze“ mitzuwirken – auf dieses Angebot sollte auf jeden Fall zurückgegriffen werden.*

*Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den*

**dringlichen Antrag:**

*Im Sinne des Motivenberichtes möge unter Koordination von Generationenstadtrat Kurt Hohensinner eine Arbeitsgruppe „Sicherheit auf Spielplätzen“ – bestehend aus VertreterInnen der Präsidialabteilung, des A6, der Abteilung für Grünraum, des KfV, des Kinderparlamentes, des Landesverbandes der Elternvereine, von Gemeinnützigen Wohnbauträgern und unter Einbindung der Verfasserin besagten offenen Briefes sowie weiterer betroffener AktivbürgerInnen - eingerichtet werden. Ziel ist unter anderem die Ausarbeitung einer Aufstellung über Sicherheitslücken und Gefahrenquellen auf Spielplätzen inklusive eine Analyse, wie diese Gefahrenquellen entschärft werden können, inwieweit die Stadt selbst tätig werden kann bzw. entsprechende und welche*

*Vorgaben die Stadt machen kann sowie wo Land bzw. Bund – etwa in Hinblick auf die gesetzliche Absicherung von Spielplätzen gegenüber öffentlichen Verkehrsflächen – aufgefordert werden müssen, initiativ zu werden.*

*Dem Gemeinderat ist bis spätestens Jänner kommenden Jahres ein Bericht vorzulegen.*

**GR<sup>in</sup> Potzinger:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie. Liebe Kollegin Susi Bauer, schön, dass du wieder im Gemeinderat bist, du bist auch eine glühende Lobbyistin für Frauen, Kinder, Familie. Aber du warst lange Zeit weg und hast in der Zeit wahrscheinlich nicht alle Informationen bekommen, die das von dir angesprochene Thema behandeln. Zuerst habe ich mich einmal gewundert, wie du gesagt hast, dein Betreff lautet „Sicherheit auf der Spielwiese“. Von Spielwiese habe ich nichts gelesen, das steht Sicherheit auf Spielplätzen, aber das war vielleicht ein Versprecher. Ich nehme an, es geht tatsächlich um Spielplätze, wo es Spielgeräte gibt. Die Sicherheitsmaßnahmen sind uns mindestens genauso wichtig wie allen anderen Fraktionen. Es ist bekannt, ich habe seinerzeit 2012 den Antrag gestellt, dass wir zertifiziert werden als familienfreundliche Gemeinde. Das ist gelungen und erfreulicherweise sind wir jetzt schon in der nächsten Etappe, in der Rezertifizierung. Da gab es vorige Woche im Amt für Jugend und Familie auf Einladung des Herrn Stadtrates Hohensinner einen Auftakt - Arbeitskreis, wo alle Fraktionen vertreten waren, auch dein geschätzter Klubobmann Michi Ehmman, der vielleicht dir nicht entsprechend davon berichtet hat. Sonst wüsstest du, dass, was du in deinem dringlichen Antrag forderst, längst von uns auf Schiene ist, z.B. dass im Zuge der Rezertifizierung der familienfreundlichen Gemeinde alle kinder- und familienrelevanten Angelegenheiten noch einmal sehr genau durchleuchtet werden und in diesem Prozess alle eingebunden sind, die damit zu tun haben. Natürlich die Stellen der Stadt Graz, vom Amt für Jugend und Familie, Holding, usw., aber auch, und

ich durfte das dort in diese Arbeitsgruppe auch einbringen den Vorschlag, nämlich ElternvertreterInnen auch einzubinden. Auch dem wurde gerne nachgekommen, die sind alle eingebunden ebenso wie andere ExpertInnen, die wir brauchen. Dass hier Bestimmungen nicht eingehalten werden, dem widerspreche ich heftig.

Selbstverständlich, die europaweit einheitliche Richtlinie ÖNORM EN1176 Spielplatzgeräte als auch die entsprechende ÖNORM EN1177 stoßdämpfende Spielplatzböden, Bestimmung für kritische Fallhöhe usw. sind uns ein Anliegen. Die Holding sorgt dafür, die Verkehrssicherungspflicht durch den Erhalter, das ist die Holding, ist gewährleistet. Wir kümmern uns mit aller Kraft, dass unsere Kinder sicher und fröhlich auf den Spielplätzen spielen können. Du bist herzlich eingeladen, dich auch in diesen Prozess einzuklinken. Schade, dass dich der Michi Ehmann nicht rechtzeitig informiert hat, weil sonst wüsstest du, dass dein Antrag heute jedenfalls nicht dringlich ist.

**Bauer:**

Liebe Frau Kollegin Potzinger. Danke für die schönen Worte, einbegleitend, aber die Sicherheit der Spielgeräte, die ist gewährleistet, das wissen wir, das hatten wir auch debattiert und das weiß ich aus meiner letzten Gemeinderatsperiode, weil es auch vorgeschrieben ist. Aber hier geht es um die Abgrenzung gegenüber anderen Flächen. Hier sind Lücken, das sind zwei verschiedene Dinge. Ich bitte dich, das zu beachten. Auch wenn ihr nicht zustimmt, es ist sehr schade, ich denke, dass es notwendig wäre, diese Abgrenzung zu den anderen Flächen genauer anzuschauen. Hier gibt es gesetzliche Lücken.

***Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.***